

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
Zweispaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 14 : : 28. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-
straße 10b : : Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 3. April 1914

Inhalt: Beitragsleistung. — Streiknotizen. — Löhne und Preise in Australien. — Marx und die Gewerkschaften. — Der Lehrling von einst und jetzt. — Der Bau Offenbach im Jahre 1913. II. — Siebzehnte Sitzung der Schlichtungskommission für das Portefeuille- und Reiseartikelgewerbe zu Offenbach a. M. — Streits- und Lohnbewegung. — Aus Handel und Industrie. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bücherchau. — Sterbetafel. — Adressenabänderung. — Versammlungsanzeiger. — Anzeigen. — Abrechnung der Krankenkasse der Buchbinder.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 5. bis 11. April
ist der 15. Verbandbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die
Kollegen in ihrem eigenen Interesse ersucht,
bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zu-
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-
kundigen.

Berlin. Die Kofferfabriken Zimmermann
u. Maerten, Berlin, Engelauer 1 b, und Rudolf
Zimmermann in Werder a. S. sind für alle
Kofferarbeiter gesperrt.

Breslau. In den Hofmann-Linke-Werken
sind auch die Sattler ausgesperrt, weshalb wir
vor Bezug warnen.

Hamburg ist für Militärsattler gesperrt.

Löhne und Preise in Australien.

Gegenwärtig bestehen bereits in allen
Staaten des australischen Bundes (1911 4455000
Einwohner) sowie in der Nicht zu dem Staaten-
bund gehörigen Kolonie Neu-Seeland (1 008 000
Einwohner) Behörden zur Festsetzung der Ar-
beitsbedingungen, die teils als Lohnämter, teils
als Zwangsschiedsgerichte bekannt sind. Der
Bestand dieser Behörden hatte u. a. in den meisten
Industrien eine bemerkenswerte Ausdehnung der
Löhne und sonstigen Verhältnisse zur Folge. In
der Sattlerei betragen die Mindestlöhne er-
wachsener Männer für die 48stündige Arbeits-
woche: In den Staaten Tasmanien und West-
australien 50 Schilling (51 Mk.), in Neu-See-
land 52 Schilling (53,04 Mk.) und in den vier
Staaten Neu-Südwest, Victoria, Queensland
und Südastralien 54 Schilling (55,08 Mk.). Er-
wachsene Arbeiterinnen haben folgende Mindest-
wochenlöhne: Neu-Südwest, Victoria und

Queensland 24 Schilling (24,48 Mk.), West-
australien 25 Schilling (25,50 Mk.), Süd-
australien 30 Schilling (30,60 Mk.), Neu-See-
land 30 und 35 Schilling (30,60 und 35,70 Mk.).
In Tasmanien sind Löhne der Arbeiterinnen
nicht festgesetzt. Außer den Mindestzeitlöhnen
sind umfangreiche Stücklohnlarie aufgestellt.
Der Stücklohn tarif für den Staat Neu-Süd-
west, der am 21. Mai 1913 ausgegeben wurde,
umfaßt 45 mit kleiner Schrift bedruckte Kta-
seiten, und ähnlich verhält es sich in den anderen
Staaten. Ein besonderer Tarif für Portefeuille
besteht bloß in dem Staate Neu-Südwest; er
sieht für Männer einen wöchentlichen Mindest-
lohn von 57 Schilling (58,11 Mk.) und für er-
wachsene Frauen einen Mindestlohn von 26
Schilling (26,52 Mk.) in der Woche vor.

Sindlich der Ueberzeitenschädigung
erzittern noch große Verschiedenheiten von Staat
zu Staat. In dem Sattlertarif für den Staat Neu-
Südwest z. B. heißt es, daß den im Zeitlohn
stehenden Arbeitern für die ersten vier Ueber-
stunden der gewöhnliche Lohn mit 25 Proz. Zu-
schlag zu zahlen ist, für die nächsten vier an dem-
selben Tage geleisteten Ueberstunden beträgt der
Zuschlag 50 Proz. und für weitere Ueberstunden
ist der doppelte Lohn zu zahlen. In jedem Falle
ist der doppelte Lohn für Arbeit von 2 Uhr
nachts bis 7 Uhr morgens zahlbar. Bei Stück-
arbeiten beträgt die Ueberzeitenschädigung für
die ersten vier Stunden 3 Pence = 25 Pf., für
weitere vier Stunden 6 Pence = 51 Pf. und
dann 1 Schilling = 1,02 Mk. pro Stunde.
Für Arbeit an Sonn- und Feiertagen ist allen
Arbeitern der doppelte Lohn zu zahlen. Für
minderfähige Arbeiter kann fallweise ein ge-
ringerer als der tarifliche Mindestlohn festgesetzt
werden; hierzu berufen ist der „gewerbliche
Registrierer“, ein Staatsbeamter, welchem die
Oberaufsicht über die Durchführung des Mindest-
lohngesetzes obliegt. Das Heimnehmen von
Arbeit, ebenso wie das Weitergeben von
Arbeit an Subunternehmer ist verboten. In
hauptstädtischen Bezirk von Melbourne und
Umgebung ist auch die Gewährung und An-
nahme von Kost und Logis im Hause des
Meisters verboten; dagegen darf in Land-
bezirken, wo Privatquartiere nicht erhältlich
sind, den Arbeitern im Hause des Meisters Ver-
pflegung gewährt werden.

Die Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse
können nur von den Lohnbehörden und in den
Staaten Neu-Südwest, Südastralien, West-
australien und Neu-Seeland auch durch Kol-
lektivverträge zwischen den Gewerkschaften und
den Unternehmern oder deren Organisationen
geändert werden. Die Anwendung der Arbeits-
einstellung zur Durchsetzung von Forderungen
ist in allen australischen Staaten, mit Aus-
nahme des Staates Victoria, verboten und
strafbar. Im Staate Neu-Südwest sind die
Strafen bei Uebertretung dieses Verbotes am
schwersten; hier können Gefängnisstrafen bis

zur Dauer von zwölf Monaten gegen die „An-
stifter“ verhängt werden.

Die Preise der Nahrungsmittel sind in
Australien im allgemeinen nicht teurer als bei
uns. Nach den Berechnungen der Abteilung für
Arbeitsstatistik im australischen Statistischen Amt
stellten sich im Jahre 1912 die Durchschnittspreise
einiger der wichtigsten Nahrungsmittel in der
Stadt Sydney (Staat Neu-Südwest) wie folgt:
Es kostete 1 Kilogramm Minswade 66 Pf.,
Minsende 1,58 Mk., Sammelbrotstück 70 Pf.,
Sammelbrotstück 1,03 Mk., Schweinsbauchstück
1,15 Mk., Schweinskeule 1,50 Mk., Kartoffeln
21 Pf., Mehl 26 Pf., Brot 34 Pf., Reis 53 Pf.,
Lee 3,00 Mk., Zucker 53 Pf., Butter 2,85 Mk.;
ferner kostete 1 Liter Milch 42 Pf., ein Tugend
Eier 1,62 Mk. usw.

Die Mietpreise der Wohnungen sind aber in
Australien verhältnismäßig teuer, besonders
wenn man bedenkt, daß die Arbeiterwohnung
in der Regel aus einem unscheinbaren und meist
nicht zu reinlich gehaltenen Holz- oder Kiegl-
wandhäuschen besteht. Im Jahre 1912 ergaben
sich in der Stadt Sydney folgende wöchent-
liche Mietpreise: 3 oder weniger Räume
durchschnittlich 11,82 Mk., 4 Räume 15,47 Mk.,
5 Räume 18,36 Mk., 6 Räume 22,19 Mk. usw.

In den Jahren 1910 bis 1911 führte das
australische Statistische Amt eine Erhebung über
die Kosten der Lebenshaltung durch. Bei Fa-
milien, die weniger als 200 Pfund Sterling
(4080 Mk.) Jahreseinkommen hatten und die
aus mehr wie 4 Personen bestanden, wie es bei
Arbeiterfamilien die Regel ist, verteilten sich die
durchschnittlichen Wochen Ausgaben wie folgt:

Wohnung	8 s 8 1/2 d	= 8,88 Mk.	= 16,4 Proz.
Nahrung	16 " 8 " "	= 17,00 " "	= 31,4 " "
Kleidung	6 " 6 " "	= 6,63 " "	= 12,2 " "
Heizung usw.	2 " 0 " "	= 2,04 " "	= 3,8 " "
Sonstiges	19 " 2 1/4 " "	= 19,57 " "	= 36,2 " "

58 s 0 1/4 d = 54,12 Mk. = 100,0 Proz.

Die Verteilung der Ausgaben gestaltete sich
ganz ähnlich wie in Deutschland, wo nach am-
tlicher Feststellung im Jahre 1907 von den Ge-
samtausgaben entfielen: Auf die Wohnung 14,9
Prozent, Nahrung 30,3 Proz., Kleidung 14,9
Prozent, Heizung usw. 3,1 Proz. und Sonstiges
36,8 Prozent.

Die Wohnungsmieten stiegen in Australien
in den Jahren 1901 bis 1912 um 40,8 Proz.,
die Fleischpreise erfuhren in derselben Zeit eine
Steigerung um 4,5 Proz., die Preise der
Molkereiprodukte stiegen um 17,9 Proz. und die
Preise der Krämerwaren um 23,3 Proz.

In dieser Periode machte die durchsicht-
liche Steigerung der Arbeitslöhne jedoch nur
17,9 Proz. aus. Angaben über die Lohn-
erhöhungen speziell im Sattler- und Portefeuille-
gewerbe liegen nicht vor.

F.

Marx und die Gewerkschaften.

Von Adolf Fraun.

Nichts ist weniger richtig, nichts widerspricht mehr den Tatsachen als die Behauptungen, daß die Lehren von Marx im „Kapital“ der gewerkschaftlichen Bewegung abhold wären. Das gerade Gegenteil hiervon ist richtig. Es ließe sich ein sehr nützliches Buch schreiben über die Bedeutung und den Nutzen der Marx'schen Lehren für die Gewerkschaften. Gerade unter diesem Gesichtspunkte würde man vielen Vorkursantimarkisten das Wasser für alle Zukunft abtragen und die gewerkschaftliche Bewegung mit einem reichen Vorrat befruchten. Im „Kapital“ von Marx sind noch reiche ungenutzte Schätze für die Gewerkschaftsbewegung zu finden.

Die ganze Auffassung des Arbeitsprozesses als eines Konsumtionsprozesses der Arbeitskraft, die Lehre, daß der Wert der Arbeitskraft und ihre Bewertung im Arbeitsprozeß zwei verschiedene Größen sind, bilden für die gewerkschaftlichen Kämpfe, für das Erstreben besserer Lohnbedingungen die denkbar beste Grundlage in theoretischer Hinsicht. Sicherlich hat Marx nicht irgendein vorgefertigtes Ziel studiert, sondern aus der Erkenntnis der in der kapitalistischen Wirtschaft wirkenden Kräfte geschlossen, seine Wehrwerttheorie aufgebaut. Aber man könnte behaupten, daß ein genäuer Gewerkschafter, der nach einer wissenschaftlichen Theorie für die Kämpfe der Lohnarbeiter um einen möglichst großen Teil am Produktionsertrag gekämpft hätte, keine bessere, keine nützlichere Theorie hätte erfinden oder erfinden können.

Wegendwo finden sich die Einwendungen der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit besser widerlegt als in den wenigen Seiten des ersten Bandes des „Kapitals“, die von Seniors „Kreter Stunde“ handeln. Wie klar und schlagend sind die Ausführungen in dem achten Kapitel des ersten Bandes über den Arbeitslohn, über seine Grenzen, über den Heißhunger nach Mehrarbeit, über die Industriezweige ohne gesetzliche Grenze der Ausbeutung, über Tag- und Nachtarbeit, das Arbeitslohn, über den Kampf um den Normalarbeitslohn, über die Jahrlöhnebestimmung. Jeder in den Gewerkschaften und für sie Wirkende sollte dieses wohl am leichtesten verständliche Kapitel aus dem „Kapital“ immer wieder lesen. Der Gewerkschafter, der es zum erstenmal liest, wird erkennen, daß ihm manche Gedankenengänge so vollkommen bekannt sind, er hat sie in Versammlungen gehört, in seinem Fachblatt gelesen, ja vielleicht selbst schon die Worte gebraucht. Das gerade zeigt, daß die Marx'schen Theorien nicht etwa im Gegensatz zur gewerkschaftlichen Politik stehen können. Zum Beleg dessen mögen nur einige Sätze aus diesem Abschnitt hier folgen:

„Ein Mensch kann während des natürlichen Tages von 24 Stunden nur ein bestimmtes Quantum Lebenskraft verausgaben. So kann ein Pferd tagaus, tagein nur acht Stunden arbeiten. Während eines Teiles des Tages muß die Kraft ruhen, während eines Teiles hat der Mensch andere physische Bedürfnisse zu befriedigen, sich zu nähren, reinigen, kleiden usw. Außer dieser rein physischen Schranke stellt die Verlängerung des Arbeitstages auf moralische Schranken. Der Arbeiter braucht Zeit zur Verbringung geistiger und sozialer Bedürfnisse, deren Umfang und Zahl durch den allgemeinen Kulturzustand bestimmt sind. Die Variation des Arbeitstages bewegt sich daher innerhalb physischer und sozialer Schranken. Beide Schranken sind aber sehr elastischer Natur und erlauben den größten Spielraum.“

Ähnliche Stellen, die einen den Mitgliedern der Gewerkschaften durchaus vertrauten Gedankengang verfolgen, könnten wir in reicher Zahl aus dem „Kapital“ anführen. Was haben die Arbeiter alles, wenn auch nicht direkt, aus dem „Kapital“, so doch indirekt aus ihm gelernt über Arbeitslohn und Arbeitszeit, über Heißhunger, über den Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft, über die anarchische Produktionsweise, über die Krisen, über den Zusammenhang von Heberarbeit und Verursachung, über die Verdrängung qualifizierter durch unqualifizierte Arbeiter, über die Verdrängung der Arbeit des Mannes durch die Arbeitskraft von Frauen und Kindern, über den Heißhunger des Kapitals nach Arbeitskraft und über die Steigerung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit, über die Entwicklung und über den Charakter der Warenproduktion, über die Akkumulation, über den Gegensatz der scheinbaren und wirklichen Interessen des Kapitals bei der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft.

Bevor sich der wissenschaftliche Sozialismus in der Arbeiterklasse Bahn gebrochen hatte, äußerte sich die ausgelöste Kraft der Arbeitermassen in erster Linie in der Verhörung der Maschinen, in der Einäufserung der Fabriken. Wie die Ludbitten in

England, so zündeten die Arbeiter Wiens im Jahre 1848 die Fabriken an und zerstörten die Maschinen. Von Marx haben die Arbeiter aller Völker und aller Länder den unerbittlichen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, die Revolutionierung von Manufaktur, Handwerk und Hausindustrie durch die Fabrikindustrie kennen gelernt. Sie gewannen die Herbeizugung, daß es ebenso falsch wie vergeblich wäre, den Kampf gegen die Maschinen zu führen, daß die Maschine dem Arbeiter ein unangenehmer, aber nicht verdrängbarer Konkurrent sei, daß aber die Maschine auch die Voraussetzung der kapitalistischen Entwicklung des Kapitalismus, seines völligen Aussehens ist, somit die Voraussetzung der Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische sein wird. Aber auch für die Gewerkschaften war diese Lehre von der unermesslichen und nicht zu hemmenden Revolutionierung der Industrie von nicht noch genug zu veranschlagender Bedeutung. Nur dadurch glückte es, daß die Gewerkschaften nicht ungeheuer viel unnütze Kraft auf Aufgaben verschwanden, die nicht zu lösen sind. Wer die Forderungen der Arbeiter im Jahre 1848 liest, bemerkt sofort den Haß gegen die Maschine und das Verbrechen, zum mindesten ein Kompromiß zwischen den alten zünftlichen Anschauungen und dem technischen Fortschritt zu schaffen. War dieser Gedanke vor 65 Jahren der herrschende, so ist er heute nur noch ganz ausnahmsweise anzutreffen. Nicht die Verhinderung des technischen Fortschritts, sondern das Streben nach einem Anteil an der Erleichterung menschlicher Arbeit durch den Produktionsfortschritt bestimmt heute die gewerkschaftliche Politik.

Wenn heute die Gegner von Marx eine Scheidung der sozialistischen Theorie und der gewerkschaftlichen Taktik erheben, so geschieht dies aus verschiedenen Verlegenheiten. Wir wollen mit ihnen nicht weiter rechten, nur das eine ist noch festzustellen, daß sich fast jeder Schüler von Marx klar ist über die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den Widerstand gegen die herabdrückenden Tendenzen des Kapitalismus, als Erzieherin der Arbeiterklasse, als Schöpferin der Voraussetzung für die materielle und noch viel mehr für die politische, geistige, körperliche und nicht zuletzt auch für die moralische Erhebung der Arbeiterklasse. Aber die Schüler von Marx wissen auch, daß der Freiheitskampf der Arbeiterklasse nicht bloß auf dem Boden der Gewerkschaften geführt werden kann und geführt werden darf. Bei noch so hoher Bewertung der Gewerkschaftsbewegung haben sie weder den Arbeitern noch sich jemals verheißt, daß es Grenzen der Gewerkschaftsbewegung gibt, daß die Gewerkschaftsbewegung der Ergänzung bedarf, vor allem durch den politischen Kampf der Sozialdemokratie. Die Schüler von Marx waren sich bewußt, daß die wichtigsten und bedeutendsten Ursachen für die mit der kapitalistischen Produktionsweise unlosbar verbundene Unsicherheit der Existenz der Arbeiter nicht durch die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische Wirkungslos gemacht werden können.

Auch dies zu lernen war für die Gewerkschaften reicher Gewinn. Denn ebenso schädlich wie eine Unterschätzung der Gewerkschaften wäre der Glaube, daß eine ausschließlich gewerkschaftliche Taktik die Arbeiterbewegung erfüllen soll, daß in ihr sich die ganze Kraft des Proletariats erschöpfen kann und darf.

Der Lehrling von einst und jetzt.

Im Volksmund heißt es, daß der Teufel einmal gesagt habe: „Er wolle alles, nur nicht Lehrbub sein.“ Das war aber jedenfalls zu jener Zeit, da der Lehrling noch als so eine Art Hausinventar, „als Mädchen für alles“, angesehen wurde. Ich habe oft sagen hören, daß die Lehrlinge in früheren Zeiten rücksichtslos ausgebeutet worden seien. Das ist ganz richtig, wenn man in Betracht zieht, daß der Feierabend meist in die neunte bis zehnte Abendstunde fiel, ja es mußten auch die Arbeiten für den Haushalt des Meisters mitbesorgt werden. Der Sonntag mußte auch mindestens zur Hälfte geopfert werden, aber — dem Meister. An eine Vergütung war nicht zu denken, denn es war noch in der Mode, Lehrgeld zu zahlen. Das waren freilich für die Lehrlinge einerseits ungünstige Zeiten — aber gelernt haben sie meistens etwas. Wenn die Lehrgelt um war und der Lehrling blieb, wie das oft der Fall war, noch ein Jahr als Geselle auf seinem Platz, dann konnte er sich mit seiner Kunst getrost allerwärts sehen lassen. Seine Ausbildung war sozusagen eine abgerundete. In den heimischen Werkstätten war dem Lehrling eben die Gelegenheit geboten, ein Stück Arbeit von A—Z zu machen. Ja, der Meister war ebenso stolz wie sein Lehrling, wenn derselbe ein Stück Arbeit akkurat und sauber auf den Tisch legen konnte, — es war gewissermaßen ein Stück Ehrgeiz mit hineingearbeitet. Der Lehrmeister besah zu dieser Zeit auch noch das nötige Verantwortlichkeitsgefühl, was derselbe zur Ausbildung eines Lehrlings unbedingt haben muß. Es war aber dem Lehrling auch

die Gelegenheit geboten, einmal eine eigene Idee in die Tat umzusetzen oder sich an irgendeinem Stück zu üben. Selbstverständlich gingen derartige Erprobungen auf Kosten der Arbeit des Lehrmeisters, die, wie schon erwähnt, sehr knapp bemessen war. Wenn solche Erprobungen waren für die Weiterbildung von besonderem Wert und können solche Momente nicht hoch genug eingeschätzt werden. Keinen aus der „guten alten Zeit“ sind zum Teil noch da, aber es werden ihrer immer weniger, die die alte Schule genossen haben, aber der Ertrag für den Abgänger ist ungenügend.

Die Lederwarenindustrie mag zeitig genug die Augen aufmachen und den heutigen Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit schenken, wenn sie auf der Höhe bleiben will. Wer richtig sieht und sehen will, wird leicht konstatieren können, daß hier ein Mißverhältnis obwaltet, daß die Zahl der jugendlichen Heimarbeit, die nichts Rechtes gelernt haben, unaußnahmlich groß wird, während die Zahl der Qualitätsarbeiter schmaler wird. Es liegt nun durchaus nicht in meiner Absicht, der „guten alten Zeit“ ein Loblied zu singen oder sie zurückzuwünschen, sondern ich möchte nur betont haben, daß bei der Ausbildung der Lehrlinge etwas Ehrgeiz und Verantwortlichkeitsgefühl mit im Spiele war, was wir heute vermissen. Und zwar vermissen wir dieses auf beiden Seiten. Das Verhältnis zwischen Meister und Lehrling ist heute sehr lockerer Art. Bei dem Heberangebot von Lehrlingen und den allgemal schmaleren Existenzverhältnissen geben oft Eltern ihren Sohn jedem Abgeliebten in die Lehre, ohne die Garantie zu haben, daß der Junge auch wirklich Gelegenheit hat, etwas Erprobliches zu lernen. Es genügt aber nicht zu wissen, daß der erwählte Lehrmeister den Meistertitel führen darf, das verbringt noch lange nicht, daß derselbe auch die Fähigkeit besitzt, einen Lehrling anzuleiten. Der Meistertitel ist mit einigen Ausnahmen, nur Mittel zum Zweck, nämlich um sich Lehrlinge halten zu können, die dann 3 Jahre lang nur die Arbeiten verrichten müssen, die für den Meister unrentabel sind. Die Eltern machen zwar häufig darüber, daß die durch unsere soziale Verfassung festgelegten Vorschriften von dem Lehrherrn befolgt werden und darüber vergessen sie die Hauptfrage, nämlich, daß der Junge in erster Linie etwas Nützliches lernen muß, wenn er erfolgreich seinen Beruf betreiben soll. Die Frage, ob die gesetzlichen Vorschriften alle zum Teil des Lehrlings sind, möchte ich offen lassen. Zahlreiche Anfragen und darauf folgende Klagen und Selbstverlebensbestimmungen einwandfrei, daß wir es heute schon zu einem ansehnlichen Stamm von Lehrlingen und jungen Leuten gebracht haben, die genau die Regeln des Fußballspiels beherrschen, aber nicht in der Lage sind, die einfachste Berufsfrage zu beantworten. Das Vergnügen geht heute vor den Beruf. — Damit soll nicht gesagt sein, daß der lernende Junge die körperliche Erholung abgeschnitten werden müßte — im Gegenteil — wir wollen uns freuen, daß ein sportliches Interesse wieder erwacht ist. — Wer aber den Werdegang der Lehrlinge in dem letzten Jahrzehnt aufmerksam verfolgt hat, der wird auch unumwunden zugeben, daß schon in dem ganzen Gebaren ein gewaltiger Unterschied, zu deren Nachteil, gegen die aus alter Zeit hergekommen ist. Um 6 Uhr abends muß der Lehrling die Werkstatt verlassen und wenn die Woche um ist, streicht er seine 3—5 M. ein. — In diesen beiden Punkten ruht zum größten Teil die Forderung des ganzen Lehrverhältnisses. Daß der Lehrling nämlich die Werkstatt verlassen muß, verabschiedet ihn zunächst einmal der Möglichkeit, daß er in seiner freien Zeit, so gern er es vielleicht auch möchte, einen seiner eigenen Gedanken in die Tat umsetzen kann. Die wöchentliche Vergütung aber, habe ich schon oft sagen hören, sei zu minimal, so daß der Lehrling glaubt, ein jeder Handgriff, den er tut, sei des Guten zu viel. Andererseits aber glaubt auch der Meister, daß diese Vergütung ihn der Verantwortlichkeit, ob der Lehrling etwas lernt oder nicht, entbinde. — Das ist leider eine nicht wegzuleugnende Tatsache! Bestehen wir also ruhig ein, daß das heutige Lehrverhältnis Mängel zeigt, die unbedingt im Auge zu behalten sind, wenn die Lederwarenindustrie auf ihrer Höhe in bezug auf Qualitätsware bleiben soll. Zunächst ist dem Lehrling klarzumachen, daß er nicht für den Meister, sondern zu seinem eigenen Fortkommen lernen muß und je mehr er lernt, desto besser es für ihn ist. — Vier Kategorien von Lehrlingen sind zu unterscheiden.

1. Lehrlinge bei Stadtarbeitern auf Qualitätsware, die bei ihrem Vater lernen.
2. Lehrlinge bei Stadtarbeitern auf Qualitätsware, in fremder Lehre.
3. Lehrlinge bei Partiarbeitern auf Mittelware.
4. Lehrlinge bei solchen, die auf billige Stapelartikel lernen.

*) Aus: „Die Gewerkschaften“ von Dr. Adolf Fraun. Fränkische Verlagsanstalt in Nürnberg.

unter Ziffer 2 sind in der Lage, sich mit den Augen etwas Gutes abzusehen, denn nur ab und zu wird die Gelegenheit geboten, etwas Außerordentliches in die Hände zu bekommen. Die Lehrlinge unter Ziffer 3 und 4 aber sind in Werkstätten, wo a tempo Hand in Hand gearbeitet wird, zum Nachteil des Lernenden und zum Vorteil des Meisters. Diese Lehrlinge sind entschieden zu beklagen, denn von einer praktischen Lehrgang sind wir hier weit entfernt. Und wenn diese Lehrlinge zur Gesellenprüfung kommen, denen sollte man eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Bei der spezialisierten Arbeitsweise, die bedingt ist durch möglichst niedrige Löhne, ist es nicht leicht, dem Lehrlingsweilen einen fördernden Weg zu zeigen. Nehmen wir doch einmal einen Lehrling, der 3 Jahre unter Ziffer 3 und 4 beispielsweise gelernt hat, der vielleicht notdürftig ein paar Stunden in den Lehrwerkstätten gesehen hat, wie ein Meister oder eine Werkstätte zusammengebaut wird. Was kann er ein Junge leisten? Nichts, rein gar nichts, es sind zum Beweis der Weisheit schon zu viele vorhanden. Ja, die Lehrwerkstätten haben sich ja das edle Ziel gesetzt, hier auszubilden zu wirken, aber bei ihrer heutigen Aufmachung und den bescheidenen Mitteln, die zu Gebote stehen, bezweifle ich ganz entschieden den Erfolg. Deshalb wäre es an der Zeit, den Lehrwerkstätten eine größere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken und aus Interessententrenten die Mittel nicht zu verweigern, die zum Ausbau dieses Instituts erforderlich sind, damit diese Lehrstände in der Ausbildung der Lehrlinge abgestellt werden können. Die Lederwarenindustrie muß daran selbst das allergößte Interesse haben.

Es ist wohl nicht zu früh gedacht, wenn ich sage, daß es ein großer Vorteil und leicht durchführbar wäre, den Lehrwerkstätten eine Ganztagesklasse anzugliedern, die solche Lehrlinge aufnimmt, die im dritten Jahre lernen und die es mit der Erlernung des vielseitigen Berufs ernst nehmen. Die Opfer, die für eine solche Klasse zu bringen sind, bestehen in weiter nichts, als in einem Entgegenkommen seitens der Fabrikanten dadurch, daß sie derselben nach Bedarf keine Partien Arbeit zuweisen, die selbstverständlich entsprechend bezahlt werden müßten. Dann wäre es wohl leicht möglich, die Kosten zu decken, aber es wäre auch möglich, jährlich eine Anzahl Lehrlinge so ziemlich in allen Artikeln praktisch und sachgemäß zu unterrichten und auszubilden. Vor allen Dingen aber bringt die Hebung des Lehrlings die nötige Sicherheit in allen Handgriffen, die er sich heute in der Werkstatt nicht mehr anzueignen in der Lage ist. Ein Lehrling, der eine ungenügende Ausbildung erfahren hat, wird nie ein zuverlässiger Arbeiter sein und der Kampf ums Dasein wird ihm doppelt schwer. Genau so geht es dem Fabrikanten, der aus Mangel an gut gebildeten Arbeitskräften nicht mehr in der Lage ist, eine gute Qualitätsware zu liefern. — Im Interesse der gesamten Lederwarenindustrie liegt es hier, je eher je besser, eine Wandlung in der Ausbildung der Lehrlinge in die Wege zu leiten.

Ph. Fabry, Offenbach.

Anmerkung der Redaktion: Mit diesem Artikel hat der Verfasser eine tief einschneidende Frage zur Diskussion gestellt, die mit Recht das Interesse der Eltern wie der Arbeiter und der Fabrikanten verdient. Neben vielem Selbstverständlichen und durchaus Beachtenswertem unterläßt dem Artikelverfasser ein Fehler, den wir doch nicht unbedenklich lassen möchten. So hält Kollege F. es für einen Nachteil in der Ausbildung, wenn der Lehrling schon um 6 Uhr die Werkstatt verlassen muß, weil ihm dann die Möglichkeit fehlt, in der freien Zeit seine eigenen Gedanken in die Tat umzusetzen. Wir sind in diesem Punkte anderer Meinung und halten es für durchaus richtig, wenn in Rücksicht auf die körperliche Entfaltung des jungen Menschen seine Arbeitszeit noch kürzer bemessen würde, als die der Erwachsenen. Der Lehrling soll und muß nach Feierabend sich jeder beruflichen Tätigkeit enthalten. Ihn anzuspornen, nach Schluß, wenn Meister und Gesellen den Betrieb verlassen haben, noch zu puffeln, hieße dem jungen Mann seine Jugend rauben. Die Arbeiterschaft muß darauf dringen, die Lehrlinge während der für den Betrieb festgesetzten Zeit vollständig auszubilden. Auch die Tageschulen gelten als ein erstrebenswertes Ziel. Aber ein Überschreiten der Arbeitszeit muß aus Gesundheitsgründen verhindert werden. Dazu rüme, daß das unkontrollierbare Vagabundieren im Betriebe vielen Meistern eine Handhabe wäre, die Lehrlinge mit anderen Arbeiten zu beschäftigen oder gar, was jetzt schon vorkommt, am Tage rein profitbringende Arbeitsleistung zu verlangen. Haben die Lehrlinge dann den Willen, sich im Scharten und Streichen zu üben, dann werden sie vom Meister auf die Zeit nach Feierabend verwiesen. Solche Zustände wünscht gewiß auch Kol. F. nicht herbei. Sie würden aber einreisen, wenn wir nicht auf pünktliche Einhaltung der Arbeitszeit für die Lehrlinge achten. Wir können nur den Eltern und Vormündern dringend empfehlen, bevor sie ihre Pflichten in die Lehre geben, sich erst bei der Organisationsleitung zu erkundigen, ob der zu-

künftige Lehrmeister geeignet ist, dem Lehrling die Grundregeln des zu erlernenden Berufes beizubringen und zu prüfen, ob der Lehrling sich für den Beruf eignet. Sind diese Vorbereitungen getroffen, überlassen die im Betriebe Tätigen die Ausbildung ihres späteren Kollegen, greifen schließlich unterweisend und belehrend ein, sind nachsichtig bei begangenen Fehlern, dann wird Lust und Liebe zum Berufe erweckt und dauernd erhalten. Als weiterer Grundsatz muß gelten: Meister, die nur Stapelware und nur ein und denselben Artikel herstellen, dürfen Lehrlinge überhaupt nicht beschäftigen. Hoffentlich lassen die hier gegebenen Anregungen auf fruchtbaren Boden.

Der Gau Offenbach im Jahre 1913.

Die Seimarbeiter im Offenbacher Industriegebiet wurden im Frühjahr 1913 in große Erregung versetzt durch das aggressive Vorgehen der hiesigen Steuerbehörde, welche die Seimarbeiter ausnahmslos zu selbständigen Gewerbetreibenden zu verzeichnen versuchte und von ihnen die Einführung von Gewerbesteuer verlangte. Angesichts der offensichtlich und nachweisbaren Arbeitergemeinschaft dieser Berufsgruppe wurde allen der Fall erwidert, die Lösung des Gewerbesteuerbezugs. Zahlung von Gewerbesteuer zu verweigern und gegen etwaigen Strafbefehl Widerspruch zu erheben. Leider haben sich dennoch eine Anzahl Seimarbeiter von der Steuerbehörde durch Strafandrohung einschüchtern lassen und den Schein trotzdem eingelöst. Die Folgen blieben natürlich nicht aus. Auf Grund einer rigorosen Einschätzung mit Petriebskapital, wie sie nur eine Steuerbehörde fertig bringt, und die bis zu 60 000 Mark, in einzelnen Fällen noch darüber hinausging, wurden die vorerwähnten Inhaber der Gewerbebetriebe mit einer drückenden und ganz ungerechtfertigten Steuer belastet. Der Sattler- und Portefeulienverband hat denn auch gegen das unmaßliebte Verfahren der Steuerbehörde von vornherein Stellung genommen und mit dem Prozeß A. Puth, von dem wiederholt in unserer Zeitung berichtet worden ist, diese Streitfrage bis in die höchste Instanz durchgedrückt. Alle Instanzen, zuletzt das Oberlandesgericht in Darmstadt, haben uns recht gegeben, und ist damit die jahrelange Streitfrage dahin entschieden, daß die Seimarbeiter der Portefeulienindustrie keine selbständigen Unternehmer sind und demzufolge keinen Gewerbebesitz nötig, noch Gewerbesteuer zu zahlen brauchen. Bemerkenswert ist hierbei, daß neben anderen Zeugen und Sachverständigen in diesem Prozeß auch der Gauleiter als Sachverständiger gehört worden ist. Um noch in anderer Art gegen die Maßnahmen der Steuerbehörde Stellung zu nehmen, arrangierten wir eine allgemeine Seimarbeiterversammlung für das gesamte Industriegebiet zum 25. August des Berichtsjahres. Ihr Besuch muß jedoch in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache als nicht gerade zuzurechnend bezeichnet werden. Doch wurde im Anschluß an diese Versammlung eine allgemeine Protestbewegung eingeleitet und eine Petition, versehen mit nahezu 700 Unterschriften der hiesigen Regierung wie den beiden Kammern der Landstände übermietet. Ein Entschluß darüber ist zwar bis jetzt noch nicht erfolgt, doch kann angenommen werden, daß dieser im Sinne des vom hiesigen Oberlandesgericht gefällten Urteils in Sachen Puth ausfallen wird. Der Anschlag der Steuerbehörde auf den Geldbeutel der Portefeulien-Seimarbeiter im Offenbacher Industriegebiet wäre damit erfolgreich abgeschlagen und diesen Kollegen Tausende von Mark erspart, die sie sonst im Laufe der Jahre hätten zahlen müssen. Zu der Petition sei noch bemerkt, daß sie auch von einer Anzahl Nichtorganisierten unterzeichnet worden ist, die sich die Hilfe der Organisationsleitung ganz gern gefallen ließen, vom Beitragszahlen aber trotzdem nichts wissen wollten.

Der Versammlungsbefuch war in den Mitgliederversammlungen fast durchweg nicht zuzurechnend, obwohl sich die einzelnen Ortsverwaltungen zum Teil rechtliche Rüge gaben, diese Versammlungen durch Vorträge belehrender Art möglichst interessant zu gestalten. Es ist regelmäßig nur ein bestimmter Kreis von Personen und meistens auch immer wieder dieselben, welche sich zu diesen Versammlungen einfinden, die übrigen werden durch die zahlreichen Veranstaltungen anderer Art vom regelmäßigen Besuch der Mitgliederversammlungen abgehalten. Dagegen weisen die Werkstatthaltungen und Betriebsversammlungen, die sofort nach Fabrikenschluß stattfinden, einen wesentlich besseren Besuch auf, wenn auch hier die Seimarbeiter öfters vollzähliger hätten zur Stelle sein dürfen. Soweit die Werkstatthaltungen für Betriebe der Portefeulien- und Meißelindustrie in Betracht kommen — und das waren weitaus die meisten —, hatten sie fast in der Regel Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fabrikanten im Gefolge, um Anknüpfungspunkte in der Tarifeinhaltung zu beseitigen.

Überhaupt gab es Tarifstreikigkeiten mehr als genug und sie alle hier anzuhängen, würde den Rahmen dieses gedrängten Berichtes weit übersteigen. Es waren der Streitfälle im Berichtsjahre weit mehr wie 1912, wie sich denn in diesem Jahre auch deutlich genug gezeigt hat, daß es die Herren Unternehmer besonders in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges mit ihren Vertragspflichten recht wenig ernst nehmen und die einzelnen Bestimmungen auf alle nur erdenkliche Art zu umgehen trachten. Manchmal haben die Differenzen dadurch ziemlich scharfe Formen angenommen, so daß wir Mühe hatten, die Kollegen dort von einer Arbeitsniederlegung abzuhalten. Trotz alledem gelang es, wie schon bemerkt, in den meisten Fällen eine gütliche Verständigung herbeizuführen, was daraus hervorgeht, daß die Schlichtungskommission für die Portefeulien- und Meißelindustrie nur viermal in diesem Jahre zusammenzutreten mußte. Außerdem machte sich im Februar des Berichtsjahres eine Sitzung des Zentral-Tarifamtes notwendig, bei welcher der Gauleiter als Vorsitzender tätig war, während er bei den Terminen der Schlichtungskommission neben dem Obmann, Joseph Ruxin, als Verhandlungsvertreter fungierte. Fast ausnahmslos schwere Vertragsverhältnisse waren es, die der schiedsrichterlichen Entscheidung unterstanden und auch zum Teil mit erheblichen Vertragsstrafen abgedeutet werden mußten.

Kontaktschwäche führte veranlaßt auch die Durchführung und ständige Heberwahrung der Tarifvertragsmäßigen Bestimmungen in den Zwischenmeisterbetrieben und Zweigniederlassungen, für welche viele Fabrikanten nicht hatten wollen, trotzdem das im Tarifvertrag doch ausdrücklich gewahrt wurde. Leider kann es die in solchen Betrieben beschäftigten Kollegen dabei nicht mit der gerade hier so notwendigen Hilfe an die Hand; ja, sie kehren sich oft gar nicht in die hoch zum zu ihrem Vorteil geschaffenen Vertragsbestimmungen. Et genug gehen sie mit ihren Zwischenmeistern Sondervereinbarungen ein, welche nach dem Tarifvertrage allerdings ungültig sind, hinter die wir aber oft kommen, nachdem die tarifwidrigen Zustände schon längere Zeit gedauert haben. Es ist unendlich, die große Anzahl der Betriebe genau zu übersehen, wenn uns die Kollegen dabei nicht behilflich sind oder die Tarifwidrigkeiten gar noch zu verbergen suchen. Mittels der im Vertrage garantierten Haftbarkeit der Unternehmer für die Tarifeinhaltung auch in ihren Zweigniederlassungen und Zwischenmeisterbetrieben werden dann natürlich die Mißstände abgestellt; aber immerhin bleibt es bedauerlich, wenn das gegen den Willen der Kollegen geschehen muß, welche doch für die Einhaltung des Tarifvertrages hier in erster Linie eintreten müßten. Häufig ist es die Arbeitszeit oder vielmehr der tariflich geregelte Arbeitslohn, an welchen sich die Kollegen nicht so genau halten. Ist es doch selbst in mehreren Fabrikbetrieben passiert, daß die Kollegen zugunsten des freien Sonnabendnachmittags die tägliche Arbeitszeit über 6 Uhr hinaus verlängerten. Ähnlich verhält es sich bei den Seimarbeitern, die sich manchmal an die Vertragsbestimmungen absolut nicht halten, besonders aber in der Lehrlingsfrage sich die größten Tarifverhöfe zuzulassen kommen lassen. Des augenblicklichen Vorteils willen werden da oft zwei und drei Lehrlinge eingesetzt, deren Ausbildung bei der einseitigen Beschäftigungsweise der Seimarbeiter dann natürlich sehr viel zu wünschen übrig läßt. Diese Kollegen haben gar keine Empfindung dafür, wie sehr sie sich durch solche Lehrlingszügler selber Schaden zufügen und an dem Mißstand, auf dem sie sitzen. Zeigen sich doch die Folgen dieser unerbittlichen Handlungsweise schon in wenigen Jahren. Das durch solchen Mißstand hervorgerufenen Ausgebildeten Massennachwuchs von Portefeulienlern — Sattler kommen weniger in Betracht — erzeugte Heberangebot von Arbeitskräften wird von den Unternehmern weidlich zu Preisdrückereien ausgenutzt, gegen die aufzukommen es vielen wieder aus denselben Gründen an der nötigen Energie mangelt. Um den Schaden auszugleichen, tun sie dann das Gegenteil von dem, was sie sollten: sie werfen sich wieder auf die Ausbeutung von Lehrlingen und sonstigen Hilfskräften und versuchen so, sich an dem eigenen Kopf aus dem Sumpf zu ziehen. Das sind bittere Wahrheiten; aber wir stehen auf dem Standpunkt, daß man die Dinge beim rechten Rann zu nennen hat, wenn es auf diesem Gebiet besser werden soll. Solche Schäden heilt man nicht mit Rosenwasser. Natürlich erfolgt die Verbandsleistung solche Verhöfe, wo sie ihrer habhaft werden kann, wie sie auch die Kollegen durch alle ihr nur mögliche Aufklärung über das Schädliche ihres Verhaltens zu belehren sucht. Wenn aber nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen, und wo gutes Zureden nichts nützt, werden die Mißstände mit den Mitteln des Tarifvertrages beseitigt bzw. die Lehrlingszahl auf das tarifliche Maß reduziert. Ueber solche Maßnahmen aber sind die Kollegen dann häufig noch sehr ungehalten, und mancher Austritt aus dem Verband ist auf dieses Konto zu setzen.

Zu solchen vermeintlichen Auswegen zur Erhöhung ihres Verdienstes, wie es die geschilderte Verlehrsungsabweitung darstellt, brauchten die heimarbeitenden Kollegen nicht zu greifen, wenn sie die für sie geschaffenen Schutzbestimmungen im Tarifverträge besser beachten wollten. Nach dem so wichtigen Lohnbuch wird heute im allgemeinen noch so wenig gefragt als im Anfang des Vertragsverhältnisses. Eine gegenseitige Verständigung unter Kollegen, die für denselben Betrieb arbeiten, findet nur in wenigen Fällen statt, sonst dürfte es nicht vorkommen, daß Fabrikanten oft monatelang für einen und denselben Artikel ganz verschiedene Preise zahlen. Ueberhaupt dürften unsere Heimarbeiter beim Festsetzen der Akkordpreise für neue Artikel etwas mehr Rücksicht zeigen, anstatt zu jedem angebotenen Preis zu arbeiten. Haben wir doch auch für solche Fälle, wo über die Akkordpreise eine Einigung nicht erzielt werden kann, die Schlichtungskommission, welche dann die Preise festzusetzen hat. Von dieser Einrichtung ist bisher noch viel zu wenig Gebrauch gemacht worden. Hunderte von Mark könnten oft an Arbeitslöhnen mehr herausgeschlagen werden, wenn sich die Kollegen, anstatt sich von schlauen Fabrikanten gegenseitig anzuspüren zu lassen, entschließen könnten, der Verbandsleitung rechtzeitige Mitteilung zu machen. Wo das letztere aber geschehen ist, hatten die Kollegen es nicht zu bereuen, wie beispielsweise in einem Fall durch Verhandlung mit dem Fabrikanten der Akkordpreis für einen sehr gangbaren Artikel um ein volles Drittel erhöht werden konnte.

Zum 24. März des Berichtsjahres (Estermontag) hatte die Gauleitung eine Konferenz des Offenbacher Industriebezirks einberufen. Neben der Beratung und Beschlußfassung über das neue Bezirksstatut fanden u. a. verschiedene Anträge der Verwaltungsstelle Frankfurt zur Debatte, von deren Annahme die Frankfurter Kollegen ihre Zugehörigkeit zur Bezirksorganisation glaubten abhängig machen zu müssen. Vor allem forderten sie die statutenmäßige Festlegung einer Streik- bzw. Gewahrgelassenunterstützung, d. h. als Zuschüsse zu dieser aus der Bezirkskasse in Höhe von 5 Mk. pro Woche an verheiratete und 3 Mk. an ledige Kollegen. Für den Fall der Nichtannahme ihrer Anträge hatte die Verwaltung Frankfurt eine Resolution eingebracht, in welcher die Bezirkskonferenz ersucht wurde, Frankfurt von seinen Bezirksverpflichtungen ab 1. Oktober 1912 zu entbinden. Die Kollegen glaubten außerhalb des Industriebezirks und gänzlich unabhängig von dessen gemeinsamen Einrichtungen ihre besonderen Interessen besser wahrnehmen zu können. Da die Verwaltungsstelle Frankfurt von genanntem Zeitpunkt ab schon die Abführung der Bezirksbeiträge verweigert hatte und die Delegierten im übrigen auf der Annahme ihrer Anträge voll und ganz bestanden, so war eine Einigung nicht zu erzielen. Die Bezirkskonferenz konnte im Gegensatz zu den gemeinsamen Interessen des übrigen Industriebezirks die Frankfurter Wünsche unmöglich erfüllen und beschloß daher einstimmig, der Frankfurter Resolution stattzugeben und diese Verwaltungsstelle von Pflichten und Rechten an den Industriebezirk zu befreien mit Wirkung vom 1. Oktober 1912. Seit diesem Zeitpunkt steht nun die Frankfurter Mitgliedschaft außerhalb der Bezirksorganisation des Industriebezirks. — Zur Bezirkskonferenz, über welche ja schon ausführlich in unserer Zeitung berichtet wurde, ist hier nur noch bemerkt, daß nach dem neuen Bezirksstatut, wie auch dem Verbandsstatut die Beschlüsse dieser Konferenzen bindende Kraft für alle Verwaltungsstellen innerhalb des Bezirks haben, wenn sie die Zustimmung des Zentralverbandes finden. Damit sind die Bezirkskonferenzen, wie schon eingangs bemerkt, zu wichtigen Vertreterversammlungen geworden, was bei der ziemlich gleichartigen Struktur des gesamten Industriebezirks im Interesse einheitlicher Maßnahmen von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Eine weitere Aenderung im Industriegebiet bzw. im Gau Offenbach ist im Laufe des Berichtsjahres insofern eingetreten, als mit dem 1. Juli die ehemals kombinierte Verwaltungsstelle Entheim sich wieder in ihre einzelnen Bestandteile auflöste und seitdem die dieser Verwaltungsstelle angeschlossenen eingetrennten Orte Entheim, Bergen, Hechenheim und Bischofsheim wieder wie früher selbständige Verwaltungsstellen bilden. Mit Beginn des zweiten Quartals löbten sich aus Zweckmäßigkeitsgründen auch die Müffelsheimer Kollegen, die bis dahin zur Verwaltungsstelle Frankfurt gezählt hatten, von dieser ab und bildeten mit zunächst 128 Mitgliedern eine Verwaltungsstelle für sich. Die Entfremdung zwischen Frankfurt und Müffelsheim ist zu groß, so daß der frühere Zustand auf die Dauer nicht zu halten war. Die neue Verwaltungsstelle steht natürlich, wie Mainz und jetzt auch Frankfurt, außerhalb der Bezirksorganisation, da die Portefeuller- und Heiserartikelindustrie an diesem Ort ja nicht in Frage kommt. Der weitest große Teil der dortigen Kollegenchaft ist in der Wagen- und Autobranche beschäftigt. — Eine eigene Verwaltungsstelle bilden

ferner seit dem 1. Oktober des Berichtsjahres die Kollegen und Kolleginnen von Köppern im Taunus, welche bis dahin ebenfalls zur Mitgliedschaft Frankfurt gezählt hatten. Die Notwendigkeit hierzu war mit dem Austritt der Frankfurter Verwaltungsstelle von der Bezirksorganisation gegeben, weil die Möpperner Mitglieder durchweg in der Portefeullerindustrie tätig sind und sie dadurch mit dem gesamten Industriebezirk die enge berufliche Interessengemeinschaft naturgemäß verbindet. Ueber 50 Portefeullerarbeitern sind dort jetzt organisiert, welche Zahl bei der wachsenden Ausbreitung der Industrie bald noch zu erhöhen sein wird, ja, jetzt schon in hohem Maße begründet ist. Mehrmalige intensive Hausagitation brachte uns an diesem Ort einige Erfolge.

Neugegründet wurde die Verwaltungsstelle Treierdenkheim, die am 1. Oktober mit 22 Kollegen ins Leben getreten ist. — Nicht recht vorwärts geht es in Darmstadt. Die dortigen Kollegen hegen schon sehr lange den Wunsch nach eigener Verwaltung, sprechen angesichts der starken Fluktuation und immer noch geringen Mitgliederzahl aber noch vor der Selbständigkeit zurück, weil unter den genannten Umständen der Bestand nicht genügend gesichert erscheint. Es kommt dazu, daß in einem größeren Betrieb, der Garnmaschinenfabrik von H. D. & S., der größte Teil der Kollegen der Organisation noch fernsteht und zu einigen, geschlossenen Vorgehen sich bis jetzt noch nicht entschließen konnte. Die Löhne sind dort miserabel, aber leider finden sich immer wieder Kollegen, welche auf die verlockenden Angebote dieser Firma in den Tagesblättern und besonders in der „Deutschen Sattlerzeitung“ hereinfallen und bei Geh in Arbeit treten, um dann nach kurzer Frist wieder den Staub des glücklichen Betriebes von den Füßen zu schütteln. Da in Darmstadt nur Kleinbetriebe in Frage kommen, ist dort die Agitation ziemlich erschwert, doch ist ein guter Stamm Mitglieder schon vorhanden, welche Offenbach angeschlossen sind.

Zwei größere Touren unternahm der Gauleiter im Laufe des Berichtsjahres in die Förster des Oberrheins, wobei die Offenbacher Lederwarenfabrikanten neuerdings die Portefeullerindustrie zu verdrängen suchen. Die hierfür in Betracht kommenden Dörfer liegen meist weitab von der Bahnhöhle, so daß ihnen nur zu Fuß resp. per Rad beizukommen ist. Man könnte diese Touren eigentlich besser Forschungsreisen in bisher unbekannte Gebiete nennen und der Reisebericht darüber, der in Nr. 25 unserer Zeitung vom 20. Juni 1913 erschien, hat nicht nur unsere Kollegen allgemein interessiert, sondern ist auch von den Herren Fabrikanten recht eifrig studiert worden. Wir können hier verzichten, darauf nochmals des näheren einzugehen, doch sei bemerkt, daß die Schlichtungskommission für die Portefeuller- und Heiserartikelindustrie mit dem dort gesammelten Material bis heute noch nicht fertig geworden ist.

Siebzehnte Sitzung der Schlichtungskommission für das Portefeuller- und Reiseartikelgewerbe zu Offenbach a. M.

Die Sitzung tagte am 18. März d. J. im Großherzog. Kreisamtsgebäude unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsassessors Dr. Minger in folgender Besetzung: Arbeitgeber: die Herren Pläcker und Weiperl, Arbeitnehmer: Portefeuller Orth und Sattler Kopp, Organisationsvertreter: Wurm und Höf. Zur Verhandlung stehen zwei Klagen, wovon die erste über die Gastbarkeit der Unternehmer für die Tarifbefreiung in Heimarbeit- bzw. Zwischenmeisterbetrieben betrifft.

Die Firma H. Cassel u. Co. in Frankfurt a. M. beschäftigte in Offenbach den Zwischenmeister S., der innerhalb weniger Wochen infolge niedriger Akkordpreise in Vorkauf geriet, so daß die Firma schließlich weitere Zahlungen verweigerte und S. demzufolge nicht in der Lage war, seine Hilfskräfte, vier an der Zahl, zu entlohnen. Mit einem Teilbetrage ihres verdienten Lohnes aber konnten sich die Arbeiter nicht zufrieden geben und wandten sich an die Firma Cassel, die den Lohnbetrag jedoch verweigerte. Der Vertreter der Firma, Herr Cassel, will eine Haftpflicht für seine Heimarbeiter auch vor der Schlichtungskommission noch nicht einsehen. Er erklärt, seit vorigem Jahre überhaupt nicht mehr zu fabrizieren, da sich die Firma in Liquidation befinde und wollte er nur die vorhandenen Materialien noch aufarbeiten lassen. Bedinglich zu dem Zweck habe er einige Heimarbeiter beschäftigt, mit denen er die Lieferungsbedingungen besonders vereinbarte. Daß diese Hilfskräfte beschäftigten, habe er nicht gewußt und könne dieserhalb wohl auch nicht haftbar gemacht werden. Die Ware sei übrigens fast unbrauchbar gewesen und die letzte Partie sei ihm, da sie bis heute noch nicht geliefert wurde, vom Verkäufer annulliert worden, so daß er bei der ganzen Sache ohnedies nur Schaden habe. Die Organisationsvertreter weisen demgegenüber darauf hin, daß S. nur deswegen nicht liefern konnte, weil ihn seine Hilfskräfte verließen,

nachdem sie für ihre Arbeit keinen Lohn erhalten konnten. Wenn Herr Cassel aber mit S. Sondervereinbarungen getroffen habe, so seien diese nach § 11 Absatz 2 des Tarifvertrages ungültig und könnten die Firma von ihren Vertragspflichten nicht befreien. Auch der Einwand des Herrn Cassel, daß sich die Firma in Liquidation befinde, könne nicht stichhaltig sein, denn es sei trotzdem fabriziert worden und das dürfe nur unter den tariflichen Bedingungen geschehen. Es wird der Firma außerdem noch nachgewiesen, daß auch die Arbeitszettel den Vorschriften nicht entsprechen. Wenn dieserhalb keine Forderungen gestellt seien, so nur deshalb, weil dem Zwischenmeister S. die Tarifverträge länger als vier Wochen bekannt gewesen seien, den Arbeitern aber müsse der Lohnbetrag in der Gesamtsumme von 37,90 Mk. gezahlt werden.

Nach längerem Verhandeln einigen sich die Parteien schließlich auf folgenden Vergleich, mit welchem auch die in Betracht kommenden Arbeiter sich einverstanden erklären: Die Firma Cassel zahlt an die Arbeiter vergleichsweise eine Restlohnsumme von 20,05 Mk., die nach dem prozentualen Anteil der Forderung verteilt werden, wogegen sich der Sattler- und Portefeullerverband verpflichtet, den Zwischenmeister S. zur Herausgabe des noch in Besitz vorhandenen Materials nach Möglichkeit zu veranlassen.

Die zweite Klage betraf wieder einmal die Firma Rieth u. Kopp, die das zweifelhafteste Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf, ständiger Gast vor der Schlichtungskommission zu sein. Ein ganzer Mattentönig von Tarifverträgen, wegen derer diese Firma in früheren Fällen wiederholt verurteilt wurde, bildete auch diesmal wieder die Veranlassung zur Klage. Die Geschädigten sind zwei Heimarbeiter K. und A., denen die Akkordlöhne ganz willkürlich reduziert wurden, so daß sie allein dadurch einen Verlust von circa 170 Mk. erlitten. Dazu kommt, daß die Firma weder Stepperei noch Zutaten bezahlte, auch mußten die Arbeiter die Zinnummer selber anfertigen, ohne für diese Arbeit irgendwelche Vergütung zu erhalten. Verschiedene Preise für denselben Artikel konnten der Firma wie in früheren Fällen auch diesmal nachgewiesen werden. Der Vertreter der Firma Rieth u. Kopp beantragte nach der bereits fassam bekannten Materie Verlagerung der Sache. Die Firma habe den einen der Heimarbeiter, den Portefeuller A., wegen Verzug der Staatsanwaltschaft angezeigt und die Schlichtungskommission müsse warten, bis diese Sache erledigt sei. Dagegen protestierten jedoch entschieden die Organisationsvertreter Wurm und Höf, welche es, gelinde gesagt, sehr merkwürdig finden, daß die Firma trotz Anerkennung des Tarifvertrages und der Schlichtungskommission als Schiedsgericht immer gegen Arbeiter, die mit dem tarifmäßigen Gehalt der Firma nicht bedingungslos zufrieden sind, den Staatsanwalt und die ordentlichen Gerichte mobil macht. Vor der Schlichtungskommission luche sich die Firma stets zu drücken und wenn sie von dieser einmal verurteilt werde, so lehre sie sich nicht daran. Mit den Verhöfen gegen den Tarifvertrag für die Portefeuller- und Reiseartikelindustrie habe ein Staatsanwalt nichts zu schaffen und nur die Schlichtungskommission sei hierfür zuständig, der sich keine Firma entziehen dürfe. Uebrigens sei die Angelegenheit des angeblich der Staatsanwaltschaft überlieferten Heimarbeiters K. von der des A. nicht abzutrennen, denn beide haben zusammengearbeitet und das Lohnbuch sowohl als auch die Arbeitszettel lauten auf beider Namen. Es ist hier zu bemerken, daß der Heimarbeiter A. sowie der unbeteiligte Zeuge V. dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission brieflich mitgeteilt hatten, daß sie mit der Firma Rieth u. Kopp „in jeder Weise zufrieden“ sind, weshalb sie auch ablehnten, vor der Schlichtungskommission zu erscheinen. (Dabei hatte sich A. vorher nicht genug über die Firma Rieth u. Kopp entrichten können.)

Da dem Verlagsantrag nicht stattgegeben wurde, ließ sich Herr Bergmann nur widerwillig auf die Verhandlung ein und konnte sich die Bemerkung nicht verkneifen, seine Firma werde nicht dulden, daß er sich so lange Zeit seinen Geschäften entziehe. Wie in früheren Fällen, verlegte sich auch jetzt wieder der Vertreter der Firma aufs Beugnen, indem er alle der Anklage zugrunde liegenden Tarifverträge in Abrede stellt. Die Verhandlung nimmt dadurch ziemlich heftige Formen an und endigt schließlich in einer scharfen Auseinandersetzung, als Herr Bergmann einem Organisationsvertreter zum zweiten Male den Vorwurf der „Lüge“ macht. Dieser Konflikt, den er selber veranlaßt und auf die Spitze getrieben, kam dem Herrn Firmenvertreter gerade gelegen; er benutzte den Moment geschickt, von der Bildfläche zu verschwinden. Sicherlich hatte er sich vorher schon mit dem Gedanken angetragen, der Sache ein möglichst schnelles Ende zu bereiten.

Die darauf erfolgte Vernehmung des Zeugen S. bestätigte die Anklage in allen Punkten, wie die Tarifverträge auch durch die vorgelegten Arbeitszettel sowie das Lohnbuch der beiden Heimarbeiter schon klar bewiesen werden konnten. Da die Firma jedoch

nicht mehr vertreten war, wurde die Streitigkeit bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

Die aus der letzten Sitzung vertrat Sache des Zweigvereinsmeisters B. gegen die Firma Hammel u. Rosenfeld wurde analog dem in Sachen des Zweigvereinsmeisters M. gegen dieselbe Firma gefällten Urteils dahin erledigt, daß die Firma Hammel u. Rosenfeld zur Zahlung des Mindestlohnes im Gesamtbetrage von 64 M. an die Arbeiter des B. verurteilt wurde. Ist die Zahlung nicht innerhalb einer Woche erfolgt, so tritt außerdem eine Vertragsstrafe in Höhe von 50 M. ein.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Aussperrung in den Linde-Hofmann-Werken in Breslau dauert nunmehr die achte Woche. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts veranlaßte die Betriebsleitung zu Einigungsverhandlungen, worauf sie auch einig mit der Maßgabe, nur mit einer Kommission ihrer Arbeiter verhandeln zu wollen. Die Arbeiter erklärten sich mit dieser Bedingung einverstanden. Montag, den 23. März, folgten sie in Form einer eltsalderigen Kommission der Einladung. Herr Direktor Eichberg hielt es für notwendig, zu erklären, daß die Betriebsleitung die Verhandlungen nicht vertritt, hat sie habe nur dem Präsidenten des Gewerbegerichtsvorsitzenden nachzugeben. Eine Einigung und Aufhebung der Sperre ist nur möglich, wenn die Arbeiter erklären, die von der Firma festgesetzten Löhne auch anzuerkennen. Die Arbeitervertreter lehnten dies Anerbieten kurz ab und verließen einmütig die Räume. Eine Vertrauensmännerung erklärte sich mit dem Verhalten der Kommission solidarisch, ebenfalls die Ausgewählten, die fest an den Sieg ihrer Sache glauben. Die Einwohnerschaft, selbst Großindustrielle, sympathisieren mit den Ausgesperrten. So haben sie den Forderungen des Direktors Eichberg einmütig widerstanden und es abgelehnt, ebenfalls auszusperren. Die Haltung der im Kampf Befindlichen ist geradezu musterhaft, so daß die Polizei auch noch nicht ein einziges Mal zum Einschreiten Gelegenheit hatte oder gar Verhaftungen vorzunehmen. Das will für Breslau viel sagen. Folgendes auf Wahrheit beruhendes Kuriosum macht in Breslau die Runde und wird dort viel belacht. An einem am Hauptbahnhof stehenden Streikposten wendete sich ein in seiner Kleidung ziemlich heruntergekommenen Mann mit der Frage, wo die Linde-Hofmann-Werke seien. Er habe dort Arbeit erhalten und hoffe ungehört arbeiten zu können. Freundlich sagte ihm der Streikposten Bescheid und wünschte ihm und der Firma viel Glück zu dem neuen Zuwachs. Ob dieser Freundlichkeit ganz bezogen, sammelte der Arbeitswillige einige Worte vor sich hin und meinte schließlich, die Ausgesperrten werden ihn doch in Ruhe arbeiten lassen. „Nawohl“, erwiderte der Streikposten, gegen die Kriminalbeamten, die bei Linde-Hofmann arbeiten wollen, haben die Ausgesperrten nichts einzunehmen.“ Der so Erkante machte ein verzagtes Gesicht, und als der Streikposten ihm sagte: „Meinich, mach doch nicht so ein dummes Gesicht, wir haben ja beide in einer Kompanie gedient, Du bist Kriminalbeamter geworden und ich Ausgesperrter.“ da verschwand dieser „Arbeitswillige“ gar bald im Gewühl, ohne sich jemals wieder sehen zu lassen.

Zum Streit bei Ahrendt in Hamburg. Durch das Hamburger nationale (gelbe) Arbeitersekretariat werden 50 Sattler für Militärarbeit nach Hamburg gesucht. Dieselben sollen bei der Firma Ahrendt, wo unsere Kollegen seit sechs Wochen im Streit stehen, Verwendung finden. Wir möchten darauf hinweisen, daß diese Streikbrecher nicht mehr, zum Teil sogar noch weniger Lohn bei Ahrendt bekommen, als unsere Kollegen vor Ausbruch der Differenzen erhielten. Unsere Kollegen im ganzen Reich und darüber hinaus ersuchen wir, ein wachsameres Auge auf Annoncen unter Chiffre usw. zu haben und die Kollegen darüber aufzuklären, daß Herr Ahrendt nicht nur gar keine Zugkündnisse macht, sondern auch jede Verhandlung mit uns ablehnt. Die Lage wird für uns immer günstiger, da auch die Christlichen, wenn auch spät, so doch endlich zur Einsicht kommen und nun ebenfalls die Arbeit niederlegen. Alle bisherigen Versuche des Herrn Ahrendt, Sattler zu bekommen, schlagen fehl, bei etwas Aufmerksamkeit aller Kollegen wird auch das Herausheben der gelben Fahne keine Erfolge für Ahrendt bringen.

Hus Industrie und Handel.

Die Sattler- und Lederwarenindustrie in Offenbach kann nach dem Berichte der dortigen Handelskammer auf sein günstiges Geschäftsjahr zurückblicken. Trotzdem hat sich die Zahl der in Betracht kommenden Betriebe sowie der darin beschäftigten Arbeiter bedeutend vermehrt. In der Lederverarbeitung ohne Schuhfabrikation wurden am 1. Oktober gezählt:

	Zahl der Betriebe		
	1911	1912	1913
Stadt Offenbach	117	122	130
Landkreis Offenbach und Kreis Dieburg	31	34	35
	148	156	165

	Zahl der Arbeiter						
	1911		1912		1913		
	inamt.	weibl.	inamt.	weibl.	inamt.	weibl.	
Stadt Offenbach	2798	1385	4183	2030	1511	4449	2382
Landkreis Offenbach und Kreis Dieburg	207	177	474	335	276	611	500
	3005	1562	4657	3365	1787	5060	2882

Diese Zahlen im Vergleich mit dem Stande der gewerkschaftlichen Organisation geben in vieler Hinsicht zu Bedenken Anlaß. Während die Zahl der Betriebe in den drei Jahren von 148 auf 169, um 14,07 Proz., gestiegen ist, liegt die der männlichen Arbeiter von 3005 um 24,58 Proz., auf 3887, die der weiblichen aber um 30,72 Proz., und zwar von 1562 auf 2042, im Landkreis Offenbach sogar um 102 Proz. Diese Entwicklung muß die Gewerkschaft im Auge behalten und ihre Maßnahmen danach einrichten. Ueber den Geschäftszug in den einzelnen Branchen heißt es im Bericht:

Die im Jahre 1912 sehr günstige Geschäftslage der Fabrikation feiner Lederwaren und Keisartefiel hatte im Berichtsjahre eine merkliche Verschlechterung erfahren. Die Hauptursache des geschäftlichen Niederganges der für unseren Bezirk bedeutendsten Branche waren die steigenden Verordnungen auf dem Balkan und der überaus hohe Geldfuß während des abgelaufenen Jahres. Auch die beginnende sinkende Konjunktur in wichtigsten anderen Industriezweigen sowie die unübereinstimmenden und politischen Verhältnisse in Nordamerika und namentlich in Mexiko übten einen hemmenden Einfluß auf die Kaufkraft des Publikums aus, das ersparungsgemäß in Zeiten mit schlechten Gewinnschancen seine Bedürfnisse nach Luxus- und Luxusartikeln nicht solche wichtiger und dringenderer Art zurückstellte. In der gleichen Richtung wirkte namentlich auf das Weihnachtsgeschäft, die in Aussicht stehende Zahlung der ersten Rate des Wehrbeitrages. Bei dem allgemeinen schlechten Geschäftszug mußten die Fabrikanten auch im Kreditgeben sehr vorsichtig sein und eine große Anzahl von Aufträgen wegen Mangel an Vertrauen unerledigt lassen. Der trotz dieser Umstände von manchen Firmen erzielte leidlich gute Absatz war nur unter erhöhten allgemeinen Unkosten und weichen Profitraten möglich. Das Geschäft wird zudem von Jahr zu Jahr durch den häufigen Wechsel der Mode und die stetige Nachfrage der Kundenschaft nach neuen Mustern und Ideen schwieriger. Es kommt nach den Aussagen eines unserer Gewährsleute tatsächlich vor, daß Kunden bestellte Waren zwei Monate nach der Erstellung des Auftrages nicht mehr oder doch nur zu geringeren als den vereinbarten Preisen abnehmen wollen, da inzwischen der betreffende Artikel in neuer Form und Ausführung vom Publikum verlangt wird. Um die Kundenschaft überhaupt zur Aufgabe von Bestellungen zu veranlassen, ist es bei der stets wachsenden Verschiedenartigkeit der Muster nötig, die Geschäftstrenden mit enormen großen Kollektionen zu versehen. Dabei wird darüber gesagt, daß die Kunden oft sehr kurze Lieferfristen stellen oder ihre Aufträge zu spät erteilen, so daß dieselben trotz intensiver Arbeit nicht rechtzeitig ausgeführt werden können und dann einfach von seiten der Abnehmer annulliert werden. Dieser Mibstand machte sich bei dem im Berichtsjahre schlechten Verkauf in den Detailgeschäften besonders nachteilig für die Fabrikation bemerkbar. Die Detailware verweigerten zum Teil schon von Anfang November an die Annahme der Weihnachtsware, die sie in früheren Jahren bei günstigeren Absatzverhältnissen noch bis zum 15. Dezember ohne Schwierigkeiten abgenommen haben. Eine weitere, das reelle Geschäft in Lederwaren ungünstig beeinflussende Tatsache ist der immer größeren Umfang annehmende Verkauf nicht nur geringwertiger, sondern auch mittlerer und feiner Artikel zu Schleuderpreisen. Die Rohmaterialien sind weiter im Preise gestiegen; dies gilt insbesondere für Ziegen- und Saffianleder, die im Verkauf des Jahres 1913 um etwa 25 Proz. teurer geworden sein dürften, und auch für Rindleder, dessen stetige Preissteigerungen wieder, wie schon im Vorjahre, kaum bei der Kalkulation der Waren berücksichtigt werden konnten und somit den Nutzen am Verkauf der betreffenden Artikel schmälerten. Eine Anzahl von Zutat (Materialien), wie z. B. Seide, sind ebenfalls teurer geworden. Ferner sind die Löhne der Arbeiter, die in ihren Mindestsätzen durch Tarifvertrag festgelegt sind, weiter in die Höhe gegangen. Bessere Arbeitskräfte, an denen aus den gleichen Gründen wie in früheren Jahren wieder

empfindlicher Mangel herrschte, wurden durchweg gut bezahlt und vielfach in ihren Bezügen wesentlich aufgebessert. Auch das mit dem Zubehören und dem Verpacken der Waren beschäftigte Personal erhielt durchschnittlich eine höhere Entlohnung als früher. Während der Hochsaison wurden, wie regelmäßig, neue Arbeitskräfte eingestellt und solange als möglich zu halten verucht; in den ruhigeren Geschäftszeiten wurden Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen und nach und nach, namentlich die jüngeren Leute, entlassen. Neben der Steigerung der Produktionskosten und allgemeinen Geschäftsunforten trug auch die verhältnismäßig hohe steuerliche Belastung der Betriebe merklich zur Verminderung des durchschnittlichen finanziellen Erfolges der Lederwarenindustrie bei. Ueber die Absatzverhältnisse in den einzelnen Ländern ist noch folgendes zu berichten: Das deutsche Geschäft ließ viel zu wünschen übrig. Die Nachfrage war — namentlich bei Damenstücken — meistens auf billige Artikel gerichtet, was von den Detailhändlern a. a. dem Umstände zugeschrieben wird, daß selbst das besserstehende Publikum heute meistens mit geringeren Qualitäten vorlieb nimmt. Der Verkauf deutscher Lederwaren in England gestaltete sich hingegen nicht schwieriger als im Vorjahre. Wände ausschließlich mit Großbritannien und dessen Kolonien arbeitende Firmen hatten sogar einen derart guten Absatz, daß sie Produktionsvermehrungen und Arbeitervermehrungen vornehmen konnten. Die gute Geschäftslage auf dem englischen Marke wird darauf zurückgeführt, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage dieses Landes viel weniger von den Vorkrisen und dem teuren Geldstand berührt wurde als der Kontinent. In einzelnen englischen Kolonien, wie z. B. Australien und Neuseeland, wurde der Absatz etwas durch die Folgen der schlechten Ernte des vorhergehenden Jahres und die zollrechtliche Beschränkung der englischen Konkurrenz beeinträchtigt. Der Export nach Kanada und Südafrika bewegte sich im großen und ganzen auf der vorjährigen Höhe. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird angesichts des stetigen Anwachsens der dortigen Konkurrenz von Jahr zu Jahr schwieriger. Die deutschen Fabrikanten sind, wie bereits früher berichtet, fast nur auf den Absatz von Neheiten ganz besonderer Art angewiesen. Im Berichtsjahre wirkten außerdem noch die sehr unsicheren allgemeinen finanziellen Verhältnisse in Nordamerika förmlich auf den Verkauf nach diesem Lande ein. Das sehr schlechte Weihnachtsgeschäft der dortigen Detailhändler und die in letzter Zeit häufig eingetretenen Zahlungsschwierigkeiten und Konkurse lassen auch die Aussichten für das Jahr 1914 in recht unglücklichem Lichte erscheinen. Der Absatz nach Südamerika hatte im abgelaufenen Jahre auch sehr nachgelassen. Die brasilianische Kundenschaft kaufte fast gar nichts, weil das ganze Land durch die Mautschulden und Steuererhöhen sehr in Mitleidenhaftigkeit gezogen wurde. Unter den obwaltenden Umständen befürchten die Lieferanten für die wenigen dort getätigten Abschüsse überhaupt keine Zahlungen zu erhalten. Der bisher unter großen Anstrengungen erzielte verhältnismäßig gute Absatz in Argentinien ging durch die dort ebenfalls herrschende Krise wesentlich zurück. Bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen jenes Landes glauben die hiesigen Exporteure, vorerst wenigstens, große Zurückhaltung üben zu sollen. Das Geschäft mit Russland war bei den überaus hohen Zollsätzen sehr schwermierig und beschränkte sich meist nur auf Neheiten und bessere Waren, die in Russland nicht sooft und exakt genug hergestellt werden können. Auch nach Frankreich ließ der Verkauf in Artikeln geringer und mittlerer Qualität infolge der enormen Zollbelastung und den von deutscher Seite immer noch beklagten Zollsätzen weiter nach. Cefterreich-Ungarn, dessen Wirtschaftsleben durch die Balkankriege große Schäden erlitten hat, kaufte wenig. Der Export nach Holland und Belgien bewegte sich im großen und ganzen in normalen Grenzen. Das aussichtsreiche Geschäft nach diesen Ländern brachte indessen nicht den erhofften finanziellen Gewinn, weil eine Anzahl Fabrikanten ihren Ausfall im Absatz nach anderen Ländern durch stärker Angebote auf den belgischen und holländischen Märkten auszugleichen suchten. Die Nachfrage der Balkanländer nach Lederwaren fiel infolge der dort herrschenden Kriegswirren naturgemäß ganz aus. Die vorzugsweise mit dem nahen Orient arbeitenden Firmen mußten ihre Produktion einschränken und zu Arbeitszeitverkürzungen schreiten. Auch die Ausfuhr nach den vom Kriegsschauplatz weiter entfernten orientalischen Ländern, wie z. B. nach Ägypten, ging wesentlich zurück.

Das Jahr 1913 verlief für die Herstellung von ledernen Militärausrüstungsgegenständen sehr günstig. Die neue deutsche Heeresvermehrung brachte reichliche Beschäftigung und im letzten Quartal des Berichtsjahres liefen auch Auslandsaufträge, namentlich aus den Balkanländern, die vorher infolge der kriegerischen Wirren ausgeblieben waren.

in solch hohem Maße ein, daß wesentliche Produktionsveränderungen vorgenommen werden konnten. Infolge der sehr verbesserten Rohmaterialien konnten früher getätigte Kontrakte teilweise nur mit sehr geringem Verdienst ausgeführt werden. Die gesteigerte Produktion führte zu einer Vermehrung der Arbeitskräfte. Die im Jahre 1912 in einem diesigen Betrieb eingetretene Arbeiterbewegung blieb teilweise durch Verhängung der Sperre bis zum 1. Juli des Berichtsjahres weiter bestehen. Die Sperre übte aber auf das fragliche Unternehmen keinen Einfluß aus, weshalb sie schließlich von der Gewerkschaft aufgehoben wurde.

Der Absatz in der Automobil-, Karosserie- und Luxuswagenfabrikation gestaltete sich namentlich in den letzten drei Monaten, während welcher Zeit auch einige Arbeiterentlassungen notwendig wurden, etwas schwieriger als im vergangenen Jahre. Die Verkaufspreise gingen infolgedessen zurück. Die Rohmaterialien stellten sich im allgemeinen etwas teurer, und Preisrückgänge fanden nur vereinzelt statt.

Das Geschäft in Treibriemen entwickelte sich unter gleichen Produktionsverhältnissen wie im Vorjahre in normaler Weise weiter.

Dividendenbesagen in der Automobilindustrie. Nach den Geschäftsberichten der Automobilfabriken für das Jahr 1913 erhielten die Herren Aktionäre folgende Dividende:

	1913	1912
Abler	25	30
Dürkopp	22	28
Wanderer	24	27
Horch	15	15
Daimler	14	12

Während bei den ersten drei Gesellschaften die Dividende gegen das Vorjahr herabgesetzt wurde, blieb sie bei Horch gleich und wurde bei den Daimlerwerken um 2 Proz. erhöht. Doch ist es falsch, annehmen zu wollen, daß die Daimler-Gesellschaft in den beiden verfloßenen Jahren prozentual auf ihr Aktienkapital weniger verdient haben als Abler, Wanderer oder Dürkopp; im Gegenteil kann es als ziemlich sicher gelten, daß sie — schon auf Grund ihrer stärkeren finanziellen Position — höhere Gewinne als die Konkurrenz erzielt hat; nur hat sie diese bisher zurückgehalten. Das hat auch in der letzten Generalversammlung der Aufsichtsratsvorsitzende, Herr von Maula, auf eine Anregung aus Aktionärskreisen, eine höhere Dividende zu verteilen, ausdrücklich zugegeben und betont, die Daimler-Gesellschaft habe den Grundsatz, etwa im Gegensatz zu Abler, den größten Teil ihrer Gewinne zu reservieren und nicht als Dividende auszuschütten.

Wenn jetzt die Dividende um 2 Proz. auf 14 Proz. erhöht worden ist, so wird dem seit kurzem hervorgetretenen Verlangen der Aktionäre nach einer höheren Dividende Rechnung getragen, und auch diesmal wird der erzielte Gewinn in der Hauptsache zu Ausschüttungen und Abschreibungen verwendet. Die Dividende erfordert nämlich nur 1.120.000 Mk., dagegen beträgt der gesamte zur Verfügung stehende Gewinn 3.214.168 Mk.; allein die außerordentlichen Abschreibungen betragen mit 934.183 Mk. circa 250.000 Mark mehr als im Vorjahre. Der außerordentliche Reservefonds erhält 500.000 Mk., so daß der offene Reservefonds mehr als 6 Millionen Mark bei einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark ausmachen! Die inneren Reserven, die zum großen Teil auf das Grundkapital und die Beteiligungen entfallen, dürfen ebenfalls sehr erheblich sein, und der jetzige Dividendenvorschlag der Verwaltung ist nur so aufzufassen, daß die Daimler-Gesellschaft auch diesmal wieder die Minimaldividende, unter die sie auf Grund der vorliegenden Gewinnresultate tatsächlich nicht heruntergehen konnte, in Vorschlag bringt; und diese Minimaldividende ist charakteristischerweise dennoch die höchste, die seit Bestehen der Gesellschaft verteilt worden ist. Die Herren Aktionäre können also mit dem Ertrag ihrer Arbeit durchaus zufrieden sein. Den Arbeitern werden durch diese Berücksichtigung die Augen geöffnet und werden sie an der Hand dieser Ergebnisse versuchen müssen, ebenfalls zufriedensstellende Löhne zu erzielen.

Der Außenhandel in Lederwaren hat in den ersten beiden Monaten des Jahres 1914 fast unter der Angunst der Verhältnisse gelitten. So ist die Ausfuhr von Geldtaschen, Zigarren- usw. Taschen, Messerfasen usw. von 3428 auf 3390 Doppelzentner gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen. Ebenso von Reisetaschen und Lederhandschuhen von 434 auf 279 Doppelzentner. Die Einfuhr von Taschen, anderen Saitler- und Täschnerwaren fiel ebenfalls von 1407 auf 1126 und die der Lederbekleidung von 83 auf 31 Doppelzentner. Bei Treibriemen fiel die Einfuhr von 301 auf 165 Doppelzentner, hingegen stieg die Ausfuhr um ein Geringses, und zwar von 1412 auf 1432 Doppelzentner.

Korrespondenzen.

Köppern. (E. 25. 3.) In der auf besuchten Versammlung vom 21. März bei Braun gab es unter Punkt „Verbandsangelegenheiten“ eine lebhaft debattierte. Alle Kollegen und Kolleginnen werden nun eingesehen haben, mit welchen schwindelhaften Tatsachen unsere Gegner ans Werk gehen. Nur durch festes Zusammenhalten können wir unsere Bewegung am Leie vorwärts bringen. Den Mitgliedern, welche Arbeitslosenunterstützung erhalten, sei hiermit zur Kenntnis gebracht, ihre Mitgliedsbücher bei dem Kassierer abzuliefern. Einen breiten Raum in der Versammlung nahm der Vortrag unseres Gauleiters Höf über: „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“ in Anspruch. Dem Redner wurde für seinen 1/2stündigen sehr interessanten naturwissenschaftlichen Vortrag, der noch durch einige Photographien ergänzt wurde, reicher Beifall gezollt. Sehr erfreulich ist es, daß sich auch mehrere Kolleginnen in der Versammlung eingefunden hatten. Besonders werden sich alle Verbandsmitglieder in Anbetracht der letzten Ereignisse in unserem Betriebe noch besser in unseren Versammlungen einfinden. Deshalb, Kollegen, nicht verzagt, immer feste druff, denn viele Wenig machen ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel!

Offenbach a. M. (E. 28. 3.) Unsere Mitgliederversammlung am Dienstag, den 24. März, wies einen besseren Besuch als sonst auf. Die augenblickliche Situation im Gewerbe und die letzten Vorgänge in der Portefeuller- und Reiseartikelbranche behandelte der Gauleiter, Kollege Höf, in einfindigen Ausführungen. Stand das verfloßene Jahr 1913, wie schon aus dem in letzter Versammlung von dem Kollegen Buttn erstatteten Jahresbericht hervorging, im Zeichen der Krise, so scheint das Jahr 1914, nach dem Ansätze zu urteilen, in dieser Hinsicht noch weit schlechter zu werden. Speziell in der Portefeullerbranche ist im ersten Viertel dieses Jahres eine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht erlebt haben. Dem Kampffonds der Hauptkasse kann in diesem Quartal aus dem Industriebezirk Offenbach fast nichts zugeführt werden, da der größte Teil der durch die Arbeitslosigkeit ohnedies verringerten Einnahmen wieder für Erwerbslosenunterstützung verbraucht wird. Fast 500 Portefeuller sind gegenwärtig in der Produktion überfällig und eine Besserung für die nächste Zeit auch kaum zu erwarten. Nicht ganz schuldig daran sind auch die Portefeuller selbst, welche durch unbesorgte und unvernünftige Vehrungszücherei die Reservearmee der Arbeitslosen vergrößern lassen. Daraus erhellet die ganze Situation. Die Kollegen, die noch in Arbeit stehen, sind ängstlich, die Unternehmer brutal geworden. Kündigungen und Entlassungen ohne Kündigung im Widerspruch mit der Arbeitsordnung sind an der Tagesordnung. Am Gewerbegericht häufen sich die Klagen, desgleichen bei der Schlichtungskommission für das Portefeuller- und Reiseartikelgewerbe. Dabei scheint der Gewerbegerichtssekretär von einer wahren Vergleichsmanie befallen. Die Behandlung besonders jüngerer Kollegen läßt dort sehr viel zu wünschen übrig. Oft genug versucht man diese einzuschüchtern, daß sie auf ihr gutes Recht verzichten oder sich mit einem recht mageren Vergleich abfinden lassen, anstatt auf gewerbegerichtlicher Entscheidung zu bestehen.

Von einer Einhaltung des Tarifvertrages für die Portefeuller- und Reiseartikelindustrie ist bei manchen Fabrikanten schon gar keine Rede mehr; sie misachten im Gegenteil alle Bestimmungen, zu deren Einhaltung sie sich doch verpflichtet haben. Da werden die Akkordpreise für neue Artikel höchst willkürlich festgesetzt und die Kollegen, welche dagegen aufmucken, offen oder verdeckt mit Entlassung bedroht. Die Anfertigung einzelner Sachen und das Vorausfertigmachen aus Partien erfolgt häufig genug ohne Zuschlag. Die Veränderung bestehender Lohnsätze, die nach dem Tarifvertrag der Zustimmung beider Teile bedarf, geschieht höchst willkürlich, die Lohnbücher und Arbeitszettel entsprechen nicht den tariflichen Vorschriften und zwei- oder dreierlei Löhne für denselben Artikel sind nichts Seltenes mehr. Die Heimarbeitserbeiter aber werden mit Gehalt und oft genug auch mit Erfolg gegeneinander ausgespielt. Besonders verüben aber die Herren Unternehmer sich von der Hastbarkeit für ihre Zweigniederlassungen und Zwischenmeister- bzw. Heimarbeitbetriebe zu drücken. Das bemerken die letzten Termine der Schlichtungskommission, die sich vorwiegend mit solchen Klagen befassen mußten. Weist das Jahr 1913 im ganzen vier Termine auf, so sind im Jahre 1914 jetzt auch schon vier zu verzeichnen; ein Beweis dafür, wie es mit der Tarifeinhaltung gegenwärtig aussieht. Ein Maßregelungsfall wird demnächst das Tarifamt beschäftigen, aber die Fabrikanten wüten weiter, die Maßregelungen häufen sich. Wegen einer Firma, die früher als Kupferfirma galt, wird die Schlichtungskommission in ihrer nächsten Sitzung wegen der kurz nacheinander erfolgten Maßregelung zweier Kollegen zu verhandeln haben.

Beigen so die Fabrikanten gegenwärtig wenig Lust, ihr im Jahre 1911 gegebenes Wort zu halten, so vermag aber auch die Schlichtungskommission trotz mancher Berechtigungen die Einhaltung des Tarifvertrages nicht zu gewährleisten. Die verurteilten Fabrikanten kehren sich einfach den Tisch an die Schiedsrichter. Das doch die Firma Meißel u. Stopp eine im Juni 1913 über sie verhängte Vertragsstrafe bis heute noch nicht bezahlt und andere in letzter Zeit Verurteilten denken ebensowenig daran, den Urteilen nachzukommen.

Die Fabrikantenvereinigung aber steht den Tugenden gleichgültig gegenüber; sie will oder kann auf ihre Mitglieder den Einfluß nicht ausüben, der zur Vertragserfüllung notwendig ist. Die Fabrikantentun, was sie wollen, sie halten sich an keine Vereinbarungen mehr, der Vertrag ist Luft für sie. Angesichts solcher Tatsachen aber drängt sich uns die Frage auf, wo bleiben unsere Garantien von 1911? Können wir in zwei Jahren wieder mit einer Fabrikantenvereinigung einen langfristigen Vertrag abschließen, die ihre Mitglieder ansehnend so wenig in der Gewalt hat, daß sie die Einhaltung der Vereinbarungen unmöglich zu gewährleisten vermag? Der Tarifvertrag vom Jahre 1911 ist gegenwärtig der stärksten Belastungsprobe unterworfen und es erscheint sehr zweifelhaft, ob er noch zwei Jahre gehalten werden kann, wenn es die Herren Fabrikanten so weiter treiben. Die Vorgänge zeigen aber auch aufs deutlichste, daß Tarifverträge keine Friedensschlüsse sind, sondern im Gegenteil den Kampf in Permanenz bedeuten. Wir dürfen während der Dauer eines Tarifvertrages nicht die Hände in den Schoß legen; wir dürfen uns nicht auf Fabrikantenvereinigung und Schiedsgerichte verlassen. Mehr als bisher müssen darum die Kollegen selber Hand mit anlegen in der Durchsührung und Heberwachung der vertraglichen Bestimmungen. Dann können wir die Schäden von heute ausmerzen und die Tarifeinhaltung überall aus eigener Kraft erzwingen.

Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners riefen eine rege Diskussion hervor, die sich im allgemeinen im Rahmen des Meserates bewegte. Scharf geäußert wurde das Verlangen eines ehemaligen Verbandskollegen, der einst in führender Stellung in der Organisation des Vertrauens seiner Kollegen befaßt, jetzt aber in Berufsherrstellung an Scharfmaderer die Fabrikanten noch zu übertreffen sich bemüht. Durch die Maßregelung seiner besten Freunde von früher erbringt er heute den Beweis dafür, wie wenig er das Vertrauen verdient, das ihm seine Kollegen einst entgegengebracht haben. — Nicht mit Unrecht wird auch die leider immer mehr um sich greifende Heimarbeit wie die Ineffektivität dieser Arbeiterarbeit für die gegenwärtigen Zustände verantwortlich gemacht. Auch die Sucht nach Selbständigkeit treibt manche Heimarbeiter gewissenlosen Fabrikanten als die billigsten Ausbeutungsobjekte in die Arme und wenn sie dafür zumeist auch schwer büßen müssen, so wird doch der Gesamtindustrie dadurch unberechenbarer Schaden zugefügt. Ein anderer Redner wünschte schonungslos Kritik in der Zeitung. Allgemein bedauert wurde, daß das Mejerat des Kollegen Höf nicht noch eine größere Zubörslichkeit gefunden habe.

Unter Verschiedenem wurde das Unterstützungsgebet eines invaliden Kollegen, der schon wiederholt unterstützt wurde, abgelehnt. Kollege Eißig machte auf die Veranlassungen des Ausschusses für Vorkosten aufmerksamer, während Kollege Krüger auf den am 27. d. M. vom Arbeiter-Sportklub veranstalteten Lichtbildvortrag empfehlend hinwies. Die Ehrung eines verstorbenen Kollegen erfolgte durch Erheben von den Sigen.

Rundschau.

Der Reichstag ist wieder einmal in Ferien gegangen. Vom 27. März bis zum 28. April soll die Erholungspause dauern, dann wird bis zum 17. bzw. zum 19. Mai alles aufgearbeitet, was wirklich nicht liegen gelassen werden kann und dann wird die Session im Sommer geschlossen oder bis zum Herbst vertagt. Eine weniger fruchtbare Session als die jetzige hat der Reichstag nicht oft zu verzeichnen gehabt. Freilich ist es immer noch besser, wenn nichts geschieht, als wenn Westendes rückwärts rindert, d. h. verächtlicht wird. Die Abstimmung über den Antrag Zrl. (Verabsichtigung der Scharfmadererwünsche gegen das Koalitionsrecht), über die wir in voriger Nummer nicht mehr berichtet konnten, ist gegen den christlichen „Arbeiterfreund“ ausgefallen. Die Mehrheit stimmte für den Uebergang zur Tagesordnung. Es ist jetzt noch zu früh für einen Rückblick auf die Tätigkeit des Reichstags; immerhin kann erinnert werden an die Hauptpunkte der Konflikte: Zaberl! Der Reichstagsler geht nicht. Zaberl! Aus der Kommission, die die Billrechte gegen militärische Vorrechte sicherstellen soll, kommt nichts heraus. Zaberl! Der Kronprinz telegraphiert an Oberst Meuter: Bravo! Zimmer feste drauf! Meuter wird freigesprochen. Der Kronprinz

Alle Kollegen und Kolleginnen der Lederwaren-, Auto- und Militäreffekten-industrie haben die Pflicht, allwöchentlich die Fragekarten zur Statistik auszufüllen.

möchte gern eine Expedition nach Afrika machen und die Reisefloßen vom Reichstag haben: daraus wird aber vorläufig nichts, denn ohne eine Debatte „Aronprinz“ ginge es im Reichstag nicht ab. Aber davon will der Vater des Aronprinzen nichts wissen. Revision des Militärstrafgesetzbuches: nur bescheidenste Verbesserung, darüber hinaus sagt die Regierung: unannehmbar! ... Dann die Konfurrenzklause! Selbst der wirklich bescheidenen Kommissionsforderung gegenüber, daß die Klausel für keinen Menschen rechtsgültig sein soll, der weniger als 1800 Mk. Jahresgehalt bezieht, erklärt die Regierung: unannehmbar! Sie will nicht über die Gehaltsgrenze von 1500 Mk. hinausgehen. Natürlich wäre ein solches Verhalten der Regierung gänzlich unmöglich, wenn eine Mehrheit des Reichstags bestände, die den Mut hätte, alle dem Parlament zur Verfügung stehenden Machtmittel auch auszunützen. ... Hin und wieder scheint es, als ob das Bürgertum ein wenig wider den reaktionären Stachel leden wolle, aber der Mut läßt dann niemals lange seine Spannkraft in den Geldenbrüsten. Der Wablaugang in Vorna-Bregau mißte doch den liberalen Parteien eigentlich sagen: Wir müssen wirklich liberale Politik machen, wenn wir das Vertrauen der Wähler nicht verlieren wollen. Aber ...? Wahrscheinlich, es muß schon große Unzufriedenheit in den Kreisen der liberalen Wähler herrschen, wenn sie bei der Wahl zwischen dem Oberpatrioten und Reichsverbandsgeneral v. Liebert und einem „In-stürzler“ und „Waterlandstosen“, dem Sozialdemokraten Hysel, für den letzteren stimmten! Die Sozialdemokratische Fraktion ist jetzt wieder 111 Mann stark. Sie will positiv im Reichstage schaffen, aber gerade deshalb obstruieren und bremsen die „guten Patrioten“. Sie wollen nicht, daß etwas „zustande“ kommt von diesem „abscheulichen“ Parlament. Sie haben noch genug von der Wehrsteuer! Sie hatten es sich so ganz anders gedacht, als es die Sozi schließlich gemacht. Nun, da sie für ihre „patriotische“ Geschäftsbüberei selber zahlen müssen, sind sie verschümpft. Daß man im Volke die Tätigkeit der Sozialdemokraten richtig verstanden hat, beweisen die seitherigen Nachwahlen, die alleamt Stimmzunahme für die „Waterlandstosen“ brachten.

Bücherchau.

Wie gelangt ein Unfallverlehter zu einer Entschädigung? Ein Führer durch das Unfallversicherungsverfahren. Mit Mustern für Eingaben und einem Verzeichnis unentgeltlicher Rechtsauskunftstellen. Von Dr. Rudolf Schlottmann, Regieungsrat und händiges Mitglied des Reichsversicherungsamts. Verlag von Julius Springer in Berlin. Kartonnierter Einzelpreis 1,20 Mk.

Die Schrift will dem Unfallverlehten die Befolgung seiner Rechte erleichtern und ihm als Führer durch das Unfallversicherungsverfahren dienen. Aus dem umfangreichen Gesetzbuch der Reichsversicherungsordnung sind die in Frage kommenden Vorschriften herausgeholt und in die Sprache des täglichen Lebens übertragen. An notwendigen Erläuterungen und Beispielen fehlt es nicht, und die angefügten Muster für Eingaben sowie das Verzeichnis unentgeltlicher Rechtsauskunftstellen sind für den Rechtsuchenden ungemein wertvoll. Ueberflüssig und auch für den einfachen Leser verständlich, gibt die Schrift ein Bild vom Gang des Unfallversicherungsverfahrens und Ratsschläge für das Verhalten des Verlehten in den verschiedensten Fällen. Die volkstümliche Art der Erläuterung wird auch denen willkommen sein, die, ohne zu den Rechtsuchenden zu gehören, zur eigenen Belehrung einen Ueberblick über den Gang des Verfahrens in Unfallversicherungs-sachen gewinnen wollen.

Jedenfalls sollte das Buch im Hause jedes Arbeiters, in allen Fabrikatoren und sonstigen Bureaus der Arbeitgeber, in allen Rechtsauskunftstellen zu finden sein.

Sterbetafel.

Berlin. Am 17. März verstarb der Täschner Max Naake, 83 Jahre alt.
 Brandenburg a. S. Am 24. März verstarb unter langjähriges Mitglied, der Kollege Christian Arumhgar, im Alter von 64 Jahren an Herzschlag.
 Ehre ihrem Andenken!

Adressenänderungen.

Arnstadt i. Thür. Vertrauensmann Paul Lapp, Wagnergasse 12.
 Bremen. K. D. Alberding, Wartburgstr. 13.
 Hemsheid. K. W. Cortel, Alexanderstr. 19.

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns eintreffen.)
 Kachen. Sonntag, den 12. April, vormittags 11 Uhr, bei Dahmen.
 Brandenburg. Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
 Braunschweig. Dienstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
 Göttingen. Sonnabend, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr.
 Gurlert. Sonnabend, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, Johannesstr. 16.
 Grünberg. Sonnabend, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, „Deutscher Kaiser“.
 Halle a. S. Sonnabend, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, „Englischer Hof“.
 Hannover. Donnerstag, den 9. April, abends 8 Uhr, bei Hümel.
 Kassel. Freitag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, Sommer im Graben.
 Königsberg. Dienstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, Altschädtche Bergstr. 44.
 Konstanz. Samstag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, Restaurant „Hoffhäuser“.
 Landsberg. Sonnabend, den 11. April, abends 8 Uhr, Beim großen Daber.
 Mannheim. Samstag, den 11. April, abends 8 Uhr, „Zur Bergstraße“.
 Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, „Kaiser Wilhelm“.
 Müllersheim. Samstag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, „Friedrichshöhe“.
 Wismar. Sonnabend, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, „Arbeiterheim“.

ANZEIGEN

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.

Die Kasse benötigt zur Vervollständigung der Jahresberichtsammlung behufs Ausstellung in Leipzig den Jahresbericht vom Jahre 1884.
 Kollegen, die sich im Besitze eines solchen befinden, werden gebeten, denselben der Kasse zu überlassen. Sendung an das Kassabureau: Stralauer Straße 7/9.
 Unkosten werden vergütet. Der Vorstand.

Tücht. Helmsattler

wird verlangt.
 Deutsche Patent-Helm-Gesellschaft,
 Berlin SW. 29, Bergmannstr. 102.

Sattelkissenmacher, Selettarbeiter

finden dauernd Stellung.
 Gustav Reinhardt, Berlin SW. 68,
 Markgrafenstraße 58.

Gebrauchte

Bullantfibre-Biegemaschine

mit Gasheizung zu kaufen gesucht. Offerten unter F. 3. 2483 an den Vogels. Anzeiger in Plauen.

Stomke's Städtebuch.

Vermehrte und verbesserte Ausgabe. Reiseführer durch Deutschland und ang. Länder mit Eisenbahn- und Begehrte, 896 Seiten geb. 1,50 Mk. In allen Buchhandlungen zu haben oder gegen Einfindung von 1,70 Mk. bei G. Stomke's Verlag, Wiesfeld.

Mehrere tüchtige Sattler

auf 1a Schulartikel und Gamaschen sofort in dauernde Stellung gesucht. Nur flotte und saubere Mäher finden Berücksichtigung.

Gebr. Ahrens, Lederwarenfabrik,
 Hannover, Volgerstraße 60 und 60a.

Fabrikation von Patronentaschen für Belgien

bei gutem Gehalt gesucht. Ausführliche Offerten mit Zeugnisabschriften unter „Belgien 26314“ an Haasenstein & Vogler N. G., Frankfurt/Main.

Für jetzt oder später suche ich in dauernde und angenehme Stellung einen

Täschner

welcher selbständig Maschine füttert und mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut ist.

Richard Hänel,
 Koffer- und Taschenfabrik,
 Dresden, Pillnitzer Straße 5.

Wir suchen per bald, spätestens 1. 7. d. J. einen tüchtigen, energischen

Sattler-Meister

der in allen vorkommenden Sattlerarbeiten des modernen Carrosseriebaues und in der Verarbeitung feinsten Materialien reiche Erfahrungen besitzt und erstklassige Arbeiten herstellen kann. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Gehaltsansprüche und des frühesten Eintrittstermins erbitten
 Ludw. Rathke & Sohn, Halle a. S.,
 Carrosserieverle.



Teilzahlung

Uhren und Goldwaren,
 Photoartikel, Feldstech.,
 Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren,
 Koffer usw.
 Kataloge gratis und franko
 JONAS & Co. BERLIN A 459
 Behn-Allyance-Str. 3

Karl Eichhoff, Berlin SO. 16, Neanderstr. 18

Spezial-Geschäft für Sattler und Portefeuilier

empfiehlt seine Spezialartikel:
 Meisterstärke, Buchbinder- und Lederleime, Leder, Anilinfarben, Fischleim, Wienerpapp usw.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuilier und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63

Gegründet 1890.
 Preislisten S. P. gratis und franko.

Georg Weichnachts Bierhaus, Grunstr. 21

H. Wolf-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier
 Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der Frauen „Volkshaus“.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingelichene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 4. Quartals 1913.

Einnahmen		Ausgaben		An Krankengeld wurde ausgezahlt:		Medizinal- und ärztliche Behandlung:		Vorhandene Fonds	
	RM.	Stk.		RM.	Stk.	RM.	Stk.	RM.	Stk.
An Ueberschüssen gingen ein:			An Zuschüssen nach:			Wachen			
Wachen	100	—	Wrieg	200	—	18	—	22	48
Annaberg	250	—	Cassel	50	—	159	—	17	90
Altona	150	—	Dresden	200	—	13	50	3	—
Berlin	45	—	Erlangen	200	—	80	—	22	75
Barmen	200	—	Dortmund	100	—	80	80	7	55
Bonn	200	—	Stuttstadt	500	—	7186	90	653	54
Biebr	300	—	Halle	100	—	Bremen	—	83	06
Bürgel	200	—	Hierlohn	60	—	Bonn	—	10	23
Bergen	300	—	Meining	100	—	Biebr	—	7	88
Braunschweig	150	—	R. Gladbach	150	—	Bürgel	—	7	25
Bischofsheim	100	—	Reiz	30	—	Bergen	—	155	56
Chemnitz	150	—	Für Krankenunterstütz. an Mitgl.			Braunschweig	—	18	58
Cassel	100	—	1. Klasse nach § 10 Abj. 2	215	—	Buchholz	—	98	95
Düsseldorf	80	—	2. " " " " " 2	42	75	Dreslau	—	60	92
Erfeld	350	—	3. " " " " " 2	1129	10	Dielefeld	—	11	50
Erlangen	100	—	1. " " " " " 1	48	—	Wrieg	—	—	—
Eisen	75	—	2. " " " " " 1	28	—	Bischofsheim	—	18	55
Erlangen	100	—	3. " " " " " 1	156	—	Chemnitz	—	19	36
Fürth	100	—	Für Krankenhauskosten			Cassel	—	156	50
Gera	100	—	Unterstützung nach § 10 Abj. 5	25	50	Dresden	—	1662	30
Gotha	250	—	ärztliche Behandlung	180	50	Dülmen	—	—	—
Hemmen	200	—	Kranz	49	73	Dortmund	—	290	25
Heilbronn	200	—	Prissen	1	50	Düsseldorf	—	328	65
Mirchheimbolanden	100	—	Heilmittel	8	25	Erfeld	—	191	—
Stavelac	800	—	Porto der Hauptkasse	68	62	Erlangen	—	352	25
Stadel	100	—	der Zentralverwaltung	180	91	Eisen (Mahr)	—	126	—
Leipzig	3000	—	Schreibmaterial	52	50	Erlangen	—	6	15
Lahr	300	—	Material zur Schreibmaschine	39	95	Erhart	—	—	—
Lübeck	50	—	Verchiedenes	60	37	Frankfurt a. M.	—	859	95
München	500	—	Verchiedenes zur Einrichtung	48	51	Freiberg i. S.	—	72	—
Mannheim	200	—	Fracht der Bureau-Möbel	47	70	Freiburg i. B.	—	526	90
Magdeburg	300	—	Umzugskosten	48	50	Fechenheim	—	678	75
Mühlheim	200	—	Wasserleitung im Maschinen-			Fürth	—	214	—
Neu-Neuburg	80	—	bureau	122	88	Gera	—	40	75
Offenbach	800	—	250 Stk. Schnellheiter	40	—	Gotha	—	122	—
Obershausen	250	—	1 Schreibmaschine mit Zubehör	889	50	Grünstadt	—	602	75
Worheim	100	—	Bureau-Möbel	1819	75	Hamburg	—	532	40
Regensburg	150	—	Fischerarbeiten und Erneue-			Hannover	—	1471	25
Rumpenheim	200	—	rung alter Bureau-Möbel	99	75	Halle	—	598	65
Rheinbrücken	100	—	diverse Stempel	10	40	Heilbronn	—	40	—
Hlm	60	—	1 eiserne Kasse	10	—	Hildesheim	—	18	50
An Zinsen der Hypotheken	1190	—	Geichbücher der M. B. D.	34	20	Hausen	—	235	25
der Wertpapiere	2458	—	K. A. Versicherung der Feuer-			Hagen	—	264	50
der Sparkastensbücher	412	14	versicherung	18	90	Heilbronn	—	477	50
Estrafen	27	50	Verwaltung von Depositionen	49	90	Hanau	—	198	20
Steuereffekten	12	1	20 000 Quittungsmarken	11	76	Hierlohn	—	168	—
Zurückgezahlter Portoverlag	—	20	Interate in der Sattler- und			Hilgshelm	—	85	—
1 neues Buch	—	50	Portefeullier-Zeitung pro 1.—3. Quartal	184	80	Höln	—	100	25
Steuern I. Klasse	403	—	10 000 Protokolle der General-			Mirchheimbolanden	—	—	—
II.	252	45	versammlung drucken	227	—	Revelac	—	340	—
III.	1252	40	11 250 Jahresberichte 1912	308	50	Rarkstraße	—	224	—
Extraktuern	33	30	drucken	48	50	Randel	—	58	—
Zuschlagsmarken	—	65	800 Mitgliederarten - Quitt-			Klein-Steinheim	—	129	65
Summa	17127	14	ungsbücher drucken	111	—	Konstanz	—	72	75
			400 Satzungsentwürfe drucken	43	—	Leipzig	—	6960	70
			350 Satzungsentwürfe für Zu-			Lahr	—	406	—
			schußliste drucken	116	—	Lübeck	—	40	40
			1500 Forml. 13 drucken	79	50	München	—	630	50
			diverse Traktaten	88	25	Platz	—	266	75
			8000 Forml. V u. VI drucken	82	50	Mannheim	—	49	—
			ervielfältigungen von Kund-			Magdeburg	—	286	—
			schriften	6	—	R. Gladbach	—	434	—
			Fahrt u. Delegationskosten zur			Mühlheim a. M.	—	496	50
			Verammlung des Verbandes			Rürnberg	—	1190	25
			freierkrankenkassen-Hamburg			Neu-Ruppin	—	128	—
			Revision der Hauptkasse für			Neu-Neuburg	—	121	25
			den Aufsichtsrat			Offenbach	—	3038	—
			Entschädigung der Revisoren			Obershausen	—	800	80
			bei Abrechnung des 3. Quartals			Worheim	—	21	—
			Entschädigung des Aufsichtsrats			Reutlingen	—	213	70
			für 3. und 4. Quartal			Regensburg	—	334	25
			Gehalt des Kassiers nebst			Rumpenheim	—	26	40
			Leuerungszulage			Rheinbrücken	—	66	—
			Gehalt des Vorsitzenden nebst			Selma	—	—	—
			Leuerungszulage			Solingen	—	56	—
			Gehalt des 2. Vorsitzenden			Stuttgart	—	2047	45
			Gehalt der Hilfsarbeiter			Stettin	—	55	—
			Gehalt des Schriftführers			Schleiz	—	18	—
			Gehalt der Kassier			Hlm	—	—	—
			Beitrag zur Unterhaltung			Biesbaden	—	82	—
			Beitrag zur Kranken- und			Bürgel	—	190	—
			Zusuldenversicherung			Reiz	—	68	—
			Beitrag zur Angehörigen-Vers-			Summa	42964	75	8143
			sicherung des 2. Vorsitzenden					11	25451
			Wietzins						15
			Summa	12135	32				